

Unterrichtung

**durch die deutsche Delegation in der Versammlung
der Westeuropäischen Union**

**über den Zweiten Teil der 26. ordentlichen Sitzungsperiode
der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 1. bis 4. Dezember 1980**

Während der Dezember-Tagung erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

- **Politische Fragen** (Die Zukunft der europäischen Sicherheit; Die politischen Folgewirkungen der sowjetischen Intervention in Afghanistan für Europa; Polen und die europäische Sicherheit)

Hierzu sprachen die Abg. Reddemann (S. 69), Schmidt (Würgendorf) (S. 8), Dr. Müller (S. 20), Dr. Holtz (S. 21), Frau von Bothmer (S. 22), Dr. Geßner (S. 22)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 358 betr. die Zukunft der europäischen Sicherheit (S. 10)

Empfehlung 361 betr. die politischen Folgewirkungen der sowjetischen Intervention in Afghanistan für Europa (S. 22)

Richtlinie 53 über Polen und die europäische Sicherheit (S. 25)

- **Verteidigungsfragen** (Stand der europäischen Sicherheit; SALT und die britischen und französischen Nuklearstreitkräfte)

Hierzu sprach der Abg. Kittelmann (S. 15)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 355 betr. die Nordflanke und die Kommandobereiche Atlantik und Ärmelkanal (S. 4)

Empfehlung 356 betr. Schutz gegen atomare, biologische und chemische Waffen (S. 5)

Empfehlung 359 betr. Stand der europäischen Sicherheit (S. 16)

Empfehlung 360 betr. SALT und die französischen und britischen Nuklearkräfte (S. 18)

- **Wissenschaft, Technik und Raumfahrt** (Energie und Sicherheit; Internationale Industriekonsortien und Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bei der Herstellung von technologisch hochentwickelten Rüstungsgütern)

Hierzu sprachen die Abg. Flämig (S. 16), Dr. Müller (S. 17), Lenzer (S. 25)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 362 betr. internationale Industriekonsortien und Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bei der Herstellung von technologisch hochentwickelten Rüstungsgütern (S. 26)

Empfehlung 363 betr. Energie und Sicherheit (S. 30)

- **Geschäftsordnungsfragen** (Revision und Auslegung des § 7 der Geschäftsordnung; Abstimmungsmethoden)

Beschlüsse der Versammlung

EntschlieÙung 65 betr. Änderung der §§ 34 und 36 der Geschäftsordnung der Versammlung

EntschlieÙung 66 betr. Änderung des § 7 der Geschäftsordnung der Versammlung

- **Haushaltsfragen** (Haushaltsentwurf der Versammlung für das Finanzjahr 1981; Stellungnahme zum Haushalt der ministeriellen Organe der WEU für das Finanzjahr 1980)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 357 betr. Verbesserung der Stellung des Personals der WEU

Stellungnahme 27 betr. Haushalt der ministeriellen Organe der WEU für das Finanzjahr 1981

- **Beziehungen zu den nationalen Parlamenten** (Informationsbericht des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten betr. die Tätigkeit des Ausschusses und vor-

läufige Bemerkungen über die Beziehungen zwischen den Parlamenten und der Presse)

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Die Versammlung wählte den italienischen Abgeordneten Maravalle zu einem ihrer Vizepräsidenten. Die Versammlung wählte ferner Herrn Georges Moulias zu ihrem neuen Greffier.

Zu der Versammlung sprachen der deutsche Staatsminister im Auswärtigen Amt, Frau Dr. Hamm-Brücher, der französische Staatsminister im Außenministerium, Bernard-Reymond, der niederländische Außenminister, Dr. van der Klaauw.

Als parlamentarische Beobachter nahmen an der Herbsttagung der Versammlung Abgeordnete aus Dänemark, Norwegen und Griechenland teil.

Bonn, den 18. Dezember 1980

Dr. Manfred Geßner

Sprecher

Gerhard Reddemann

Stellvertretender Sprecher

Montag, 1. Dezember 1980

Tagesordnungspunkt:

**Eröffnung des Zweiten Teils
der 26. ordentlichen Sitzungsperiode**

Tagesordnungspunkt:

**Die Nordflanke und die Kommandobereiche
Atlantik und Ärmelkanal**

**Der Schutz gegen atomare, biologische und
chemische Waffen**

(Drucksachen 837 und 838)

*(Abstimmung über zwei Empfehlungsentwürfe des
Verteidigungsausschusses, die bereits während der
Juni-Sitzung 1980 behandelt wurden)*

Empfehlung 355

**betr. die Nordflanke und die Kommandobereiche
Atlantik und Ärmelkanal**

Die Versammlung

vertritt die Ansicht, daß die Verteidigung der Nordflanke unlösbar mit der Verteidigung der angrenzenden Meere und des Atlantischen Ozeans verbunden ist;

glaubt, daß sich die Verteidigung der Nordflanke auf das frühzeitige Eintreffen von Verstärkungen, die in angemessener Weise auf die Abwehr eines Angriffs vorbereitet sind, stützen muß, weil auf Grund geographischer und politischer Faktoren ein Ungleichgewicht bei den ständig stationierten Streitkräften besteht;

glaubt ferner, daß geographische Faktoren und die derzeitigen Eigenschaften der Seestreitkräfte der meisten NATO-Länder zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine ausreichende Leistungsfähigkeit der Marine sicherstellen, obwohl spezifische Mängel dringend behoben und künftige Entwicklungen hinsichtlich der Größe der sowjetischen Kriegsschiffe in den langfristigen NATO-Programmen für den Bau von Kriegsschiffen ausgeglichen werden müssen;

fordert eine bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen der Seestreitkräfte der Bündnispartner;

stellt fest, daß die Bezugnahme auf den nördlichen Wendekreis in Artikel 6 des Nordatlantikvertrages den Zuständigkeiten der Seekommandobereiche der NATO keine geographischen Beschränkungen auferlegt;

erinnert daran, daß sich der WEU-Rat gemäß Art. IV des geänderten Brüsseler Vertrages auf Informationen und Ratschläge der entsprechenden Militärbehörden der NATO stützt;

empfiehlt dem Rat,

den Nordatlantikrat dringend aufzufordern:

1. die Marinekapazitäten der Bündnispartner in den Bereichen Atlantik und Ärmelkanal und in den angrenzenden Meeresbereichen der Nordflanke zu verbessern
 - a) durch die Forderung nach langfristigen nationalen Programmen für den Bau von Kriegsschiffen, um die Stärke und das Durchschnittsalter von Kriegsschiffen beizubehalten und mit jeder weiteren Zunahme der sowjetischen Marinekapazitäten Schritt zu halten;
 - b) durch die Forderung nach dringenden Maßnahmen, um spezifische Mängel, insbesondere bei Eskorten, Minensuchbooten und Seepatrouillenflugzeugen, zu beheben und die Interoperabilität von Waffen, Fernmeldewesen und Übertragungsgerät zu verbessern;
 - c) durch unverzügliche bessere Nutzung der vorhandenen Marineressourcen, wie dies vom Ausschuß für Verteidigungs- und Rüstungsfragen empfohlen wird:
 - (i) durch die Verbesserung der Planung und Kontrolle gemeinsamer Seeoperationen in den Bereichen Atlantik und Ärmelkanal und den angrenzenden Meeresbereichen der Nordflanke;
 - (ii) durch flexiblen Einsatz der Seestreitkräfte, ungeachtet der Grenzen der Kommandobereiche und einschließlich entsprechender deutscher Seestreitkräfte, um sicherzustellen, daß die erforderlichen Schiffe in früheren Alarmstufen verfügbar sind;
 - (iii) durch die Aufforderung an Frankreich, SACLANT auf der gleichen Basis wie die anderen WEU-Länder Seestreitkräfte zur Verfügung zu stellen;
 - d) durch tägliche Berichterstattung in den entsprechenden Marinehauptquartieren über die Lage aller Handelsschiffe des Warschauer Paktes in Häfen oder auf See im Gebiet der NATO;
2. die Verteidigung der Nordflanke zu verbessern:
 - a) durch die Aufforderung an die Regierungen aller Bündnispartner, die dänische und die norwegische Regierung politisch zu unterstützen, um dem ständigen Druck aus der Sowjetunion, der berechnete Verteidigungsvorkehrungen verhindern soll, Widerstand zu leisten;

- b) durch die Forderung nach einer Kampfausbildung für Gebirge und Arktis in dieser Region, die auf alle Truppen, die als Verstärkung herangezogen werden könnten, ausgedehnt werden sollte, und durch die Forderung nach standardisiertem Gerät, das den Einheiten der ACE Mobile Force zur Verfügung gestellt werden sollte;
- c) durch die dringende Aufforderung an die betreffenden Regierungen, unverzüglich Vereinbarungen über die Lagerung von Munition und schwerem Gerät für Verstärkungen in dem Gebiet zu treffen;
- d) durch die Forderung nach denjenigen Verbesserungen bei den direkten Verteidigungsfähigkeiten der lokalen Streitkräfte, die bis zum Eintreffen der Verstärkungen zur Verteidigung des Gebietes sowie zur Sicherstellung der Aufnahme und Dislozierung dieser Verstärkungen erforderlich sind;
- e) durch die Forderung, die Luftverteidigung des dänischen Territoriums auf die gleiche Basis wie die der angrenzenden Bündnisländer zu stellen.

Empfehlung 356

betr. den Schutz gegen atomare, biologische und chemische Waffen

Die Versammlung

stellt fest, daß die Produktion, die Lagerung und der Einsatz biologischer Waffen durch internationale Abkommen verboten sind, daß aber die Bestände an Kernwaffen und chemischen Waffen kaum Beschränkungen unterliegen;

ist sich bewußt, daß ein vollständiges Verbot des Einsatzes von Kernwaffen kurzfristig vielleicht nicht zu verwirklichen ist und daß das Gleichgewicht zwischen den nuklearen Streitkräften der NATO und denjenigen des Warschauer Paktes von wesentlicher Bedeutung für den Weltfrieden ist, während die Verhandlungen über ihre beiderseitige zahlenmäßige Verringerung fortgesetzt werden;

ist der Ansicht, daß angemessene, an Ort und Stelle durchgeführte Verifikationsverfahren ein wesentlicher Bestandteil jedes Abkommens über die Beseitigung und das Verbot chemischer Waffen sein müssen, daß solche Verfahren aber noch mit der Sowjetunion auszuhandeln sind, und vertritt die Ansicht, daß bis zum Abschluß der gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen die bei den NATO-Partnern vorhandenen Bestände und Typen chemischer Waffen auf ein ausreichendes Niveau gebracht werden sollten, um die erforderliche Abschreckungs- und Vergeltungsfähigkeit bereitzustellen;

ist ferner der Ansicht, daß der Nichteinsatz chemischer Waffen am besten durch ein Gleichgewicht bei der Vergeltungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO und des Warschauer Paktes sichergestellt werden kann, solange kein Abkommen über ein Verbot solcher Waffen vorliegt;

ist der Ansicht, daß, solange es Kernwaffen und chemische Waffen gibt, das Militärpersonal und die Zivilbevölkerung weiterhin den sich aus ihrem Einsatz ergebenden Gefahren und Folgen ausgesetzt sind;

ist überzeugt, daß wirksame ABC-Verteidigungsausrüstungen und -methoden für alle verbündeten Streitkräfte die Zahl der Opfer drastisch senken können;

ist der Ansicht, daß die verbündeten Regierungen sich energisch für gegenseitige und ausgewogene Truppenverminderungen einsetzen müssen, daß sie in Friedenszeiten aber auch die moralische Pflicht haben, ihre Bevölkerungen objektiv über die Folgen eines Angriffs mit nuklearen, biologischen und chemischen Waffen zu informieren und Zivilschutzprogramme durchzuführen, um das Überleben ihrer Bevölkerung zu gewährleisten,

empfiehlt dem Rat,

die Mitgliedsregierungen dringend aufzufordern, gegebenenfalls im Rahmen ihrer Tätigkeit im Nordatlantikat

1. die vollen Auswirkungen der Gefahr chemischer und nuklearer Angriffe auf dem Gefechtsfeld ins Auge zu fassen und sofort Schritte zu unternehmen,
 - a) um die dem Schutz und der Dekontamination dienenden Geräte und Methoden für das Militärpersonal zu verbessern, elektronisches und Fernmeldegerät gegen die Auswirkungen elektromagnetischer Impulse zu schützen und die übrigen im Bericht des Ausschusses für Verteidigung und Rüstungsfragen festgestellten Mängel zu beheben,
 - b) um eine bessere Zusammenarbeit bei der Erforschung, Entwicklung und Produktion von Gerät und dessen Interoperabilität zu erzielen;
2. die vorhandenen Bestände einsatzfähiger chemischer Waffen zu überprüfen und Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß die Abschreckungs- und Vergeltungsfähigkeit der NATO der geschätzten Offensivfähigkeit des Warschauer Paktes entspricht;
3. bi- und multilaterale Verhandlungen über das Verbot der Produktion, der Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und die Sicherstellung einer angemessenen Verifikation aktiv zu unterstützen;
4. in Friedenszeiten dringend ein koordiniertes und gemeinsames „Bleib zuhause“-Zivilschutzprogramm durchzuführen, das im wesentlichen vorsieht:
 - a) eine objektive Aufklärung der Bevölkerung über das Überleben im konventionellen, nuklearen, biologischen und chemischen Krieg;
 - b) eine Organisation mit geschützten und modernen Kommunikationsmitteln, die im Falle nuklearer, biologischer und chemischer Angriffe Warn- und Überwachungsfunktionen wahrnimmt und innerhalb der NATO eine vollständige Koordinierung sicherstellt;

- c) Pläne für den koordinierten Einsatz von Reservisten, Polizisten, Feuerwehrleuten, Mitarbeitern des Roten Kreuzes, ähnlichen Organisationen und Freiwilligen bei Alarm sowie bei und nach Angriffen;
 - d) Schutzräume gegen radioaktiven Niederschlag in öffentlichen und privaten Gebäuden;
 - e) Selbsthilfeausrüstungen zum Verkauf an die Öffentlichkeit, vor allem private Schutzräume, Schutzkleidung, Gasmasken, Dosimeter usw.;
5. die NATO aufzufordern, jährlich auf der Basis einer vereinbarten gemeinsamen Definition vergleichende Statistiken über die nationalen Ausgaben für den Zivilschutz zu veröffentlichen.

Tagesordnungspunkt:

Abstimmungsmethoden

(Drucksache 853)

Berichterstatter: Abg. Bozzi

Tagesordnungspunkt:

Revision und Auslegung des § 7 der Geschäftsordnung

(Drucksache 852)

Berichterstatter: Abg. Grieve

Tagesordnungspunkt:

Die Zukunft der europäischen Sicherheit

Berichterstatter: Abg. von Hassel
vertreten von Abg. Reddemann

Reddemann (CDU/CSU): — Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich habe die Ehre, im Namen des erkrankten Kollegen, meines Freundes, Kai Uwe von Hassel, seinen Bericht über die **Zukunft der europäischen Sicherheit** vor Ihnen zu vertreten.

Sie werden mir gestatten, an den Anfang meiner Ausführungen herzliche Genesungswünsche zu stellen und damit das zu unterstreichen, was der Herr Präsident soeben gesagt hat. Sie werden außerdem verstehen, daß es mir lieber gewesen wäre, wenn der Herr Kollege von Hassel selbst die Möglichkeit gehabt hätte, hier vor der Versammlung zu sprechen.

Ich habe nicht die Absicht, auf die Geschäftsordnungsdebatte, die heute morgen und eben stattfand, noch einzugehen. Aber Sie erlauben mir sicher, ei-

nen Satz zu wiederholen, den ein britischer Kollege unlängst im Europarat sagte:

I am still confused but on a higher level.

Dies, meine Damen und Herren, sollte ein kleiner Einstieg sein, damit wir nicht allzu ernst an eine Situation herangehen, die in der Tat allerdings ernst genug ist.

Ich glaube, wir stimmen sicher alle, gleichgültig, welchem politischen Lager wir im Augenblick angehören, in einem Punkt überein: Die Weltlage hat sich in den letzten 12 Monaten außerordentlich stark, und zwar leider zu Lasten des Friedens, verändert. **Afghanistan** ist lediglich ein Beispiel dafür. Es gibt eine Reihe kleinerer, aber, wie ich glaube, nicht ungefährlicherer weiterer Beispiele.

Wenn Sie wie ich die Aufgabe hätten, täglich die Presse der Staaten, in denen kommunistische Parteien regieren, zu lesen, dann wüßten Sie, in welcher Lautstärke während der letzten Wochen die Stimmen gegen eine liberalere Entwicklung in Polen angeschwollen sind. Wenn Sie außerdem — und ich nehme an, Sie besitzen den gleichen Informationsstand wie ich — die Nachrichten von den Truppenkonzentrationen an den Grenzen **Polens** verfolgen, dann wird Ihnen besonders klar, daß sich in den letzten 12 Monaten manches ereignet hat, das wir alle im Interesse der Entspannung, im Interesse des Friedens, nicht mehr erwarteten.

In einer so schwierigen Situation scheint es mir notwendig zu sein, eine Positionsbeschreibung auch unserer Versammlung vorzunehmen und noch einmal zu konkretisieren, wie wir die augenblickliche Situation sehen. Um es gleich vorwegzunehmen: Ich glaube nicht, daß wir an der Schwelle eines neuen großen Krieges stehen. Ich glaube weder daran, daß wir in einer Lage sind wie 1914, noch erwarte ich ein neues 1939. Die Möglichkeiten des Schreckens sind zu groß geworden, als daß wir der sowjetischen Regierung selbst nach ihrem Überfall auf Afghanistan das gewollte Auslösen eines dritten Weltkrieges unterstellen können.

Die Gefahr, die auf uns zukommt, beruht nach Meinung des Berichterstatters — und hier schließe ich mich ihm gerne voll an — eher auf der Möglichkeit der Überschätzung westlicher Festigkeit. Ich darf die geschätzten Kolleginnen und Kollegen darauf hinweisen, daß dieses Problem nicht neu ist, sondern daß es durch die Ereignisse der letzten 12 Monate eigentlich nur aktualisiert wurde.

Gerade liberale und sozialistische Zeitungen haben vor allem in den 30er Jahren sehr oft und, wie ich glaube, sehr oft auch brillant über dieses Thema referiert. Sie haben dargelegt, daß es eine schwierige Situation dann geben kann, wenn man einem potentiellen Aggressor erlaubt, die Positionen A, B und C zu nehmen und ihm dann plötzlich beim Punkt D klarmachen muß, daß er dort nicht weitergehen könne, ohne eine Kriegsgefahr auszulösen. Wenn Sie A, B, C und D jetzt mit Afghanistan, mit Ungarn, mit der Tschechoslowakei, mit Polen und vielleicht noch einigen anderen Namen versehen, dann wissen Sie, was ich meine. Ich habe die Sorge, wir könnten in einen Krieg hineinschlittern, wenn wir nicht rechtzei-

tig eine feste Position ergreifen, wenn wir nicht rechtzeitig klarmachen, daß unsere Friedfertigkeit nicht eine Friedfertigkeit um jeden Preis sein kann, wenn wir nicht rechtzeitig verdeutlichen, daß man den Frieden in unserer Zeit leider nur — bevor eine Abrüstung wirklich Platz greift — bewaffnet durchzustehen vermag.

Unser Bericht, meine Damen, meine Herren — das möchte ich vor allem nach der Intervention unseres Kollegen Stoffelen von heute morgen sagen —, basiert praktisch auf den Erkenntnissen, die der „New Stateman“ in den 30er Jahren zum selben Thema immer wieder verbreitet hat. Ich glaube, ich darf diesen sozialistischen Helfer zitieren.

Der Bericht sieht als Grundlage der notwendigen Friedenssicherung die enge Verbindung zwischen den europäischen Mitgliedstaaten und den USA in der NATO vor. Er verlangt als Antwort auf die Weltlage verstärkte Anstrengungen der europäischen Partnerländer zur gemeinsamen Verteidigung, insbesondere im Bereich der konventionellen Waffen, konkret gesagt: eine wirkungsvolle, enge Zusammenarbeit bei der **Rüstungsproduktion**.

Es kann, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, kein Zweifel darüber bestehen, daß die Forderungen des Berichts und der Empfehlung über das hinausgehen, was bisher in der Regel von dieser Versammlung verlangt wurde. Ich gestehe — allerdings bin ich erst vier Jahre hier und kann nicht übersehen, was vor dieser Zeit geschah —, daß Kühnheit bei Forderungen gegenüber dem Ministerrat nicht immer das besondere Markenzeichen unserer Versammlung war. Aber ich meine: Nirgendwo steht geschrieben, daß wir nicht eines Tages über das hinausgehen können, was bereits einmal gefordert worden ist, daß wir nicht eines Tages mit neuen, mit zukunftsweisenden und, wie ich glaube, mit für die Friedenssicherung wichtigen Vorstellungen arbeiten können?

Lassen Sie mich einen Augenblick die wichtigsten Forderungen rekapitulieren, die der Herr Berichterstatter in seinem Bericht und in seiner Empfehlung aufgestellt hat.

Erstens: Der Ständige Rat setzt eine Arbeitsgruppe ein, die die Anpassungsmöglichkeiten der WEU an die heutigen Bedürfnisse der Verteidigung prüft.

Zweitens: Die Gruppe erarbeitet spezielle Vorschläge für die Koordinierung der Verteidigung, Rüstung und Abrüstungspolitik der Mitgliedsstaaten.

Drittens: Die Verteidigungsminister sollen stärker als bisher zur Mitarbeit herangezogen werden.

Viertens: Die WEU-Versammlung beschäftigt sich vor den Sitzungen des NATO-Rats mit dessen Themen.

Fünftens: Diejenigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die noch nicht der Westeuropäischen Union angehören, sollen zur Mitgliedschaft eingeladen werden.

Sechstens: Die Bestimmungen der Protokolle zum Brüsseler Vertrag sollen auf ihre heutige Notwendigkeit überprüft werden.

Siebtens: Das SAC muß stärker als bisher zur Entwicklung einer europäischen Rüstungspolitik herangezogen werden.

Revolutionäres, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, vermag ich an diesem Forderungskatalog nicht zu erkennen; Unzumutbares ebenfalls nicht, wohl aber jene wohlthuende Nüchternheit, die unseren Kollegen von Hassel ausgezeichnet hat und ausgezeichnet. Kein Zweifel, hier spricht ein Europäer, der Wert darauf legt, daß die WEU-Mitgliedsstaaten in Fragen der Verteidigung, der Rüstung und der Abrüstung endlich mit einer Stimme sprechen.

Gestatten Sie mir bitte einige zusätzliche Erläuterungen zu dem Forderungskatalog. Ich möchte nur zwei Punkte herausgreifen, weil sie für die Versammlung von besonderer Wichtigkeit sind.

Wir erlebten heute morgen eine engagierte Debatte über unsere Geschäftsordnung. Unsere Kollegen des zuständigen Ausschusses trugen vor, daß es Probleme gibt, weil unsere Versammlung wie andere Parlamente allzu oft leer ist und weil in dieser Versammlung dann das Quorum fehlt, das notwendig ist, um einen Beschluß der Versammlung herbeizuführen. Ich habe den Eindruck, daß ein Teil der Argumentation dabei fehlgegangen ist. Die Kollegen begründeten die Abwesenheit mit der Notwendigkeit unserer Mitarbeit in den nationalen Parlamenten, unseren Verpflichtungen in den Hauptstädten unserer Länder. Aber ich habe — ich sage das aus eigener Erfahrung — die Furcht, daß ein Teil der Mitglieder der Versammlung deswegen, obwohl in Paris, nicht an den Sitzungen teilnimmt, weil wir uns manchmal sehr akademisch über Themen unterhalten, die ohne jeden Zweifel in einer politischen Akademie zu glänzenden Veranstaltungen Anlaß böten, während wir auf der anderen Seite darauf verzichten, aktuelle politische Themen, die der NATO-Rat wenige Tage später behandelt, hier auf die Tagesordnung zu setzen.

Wenn der Herr Kollege von Hassel in seinem Bericht, in seiner Empfehlung, deswegen vorschlägt, derartige Themen stärker in eine politische Versammlung wie unsere einzubeziehen, dann ist dies, glaube ich, nicht eine irgendwie hergeholte Überlegung, sondern eine Selbstverständlichkeit, ja, ich behaupte sogar eine Notwendigkeit.

Ich möchte den zweiten Punkt herausgreifen, seinen Wunsch und den Wunsch des Ausschusses, die Verteidigungsminister stärker an der Arbeit der Westeuropäischen Union und damit auch dieser Versammlung zu beteiligen. Es gibt in Deutschland den, wie ich glaube, richtigen Spruch, daß Verteidigung eine so ernste Sache sei, daß man sie nicht den Generälen und den Verteidigungsministern allein überlassen sollte. Ich will den Spruch ausdrücklich unterstreichen, aber ich meine, Verteidigung, Abrüstung und Rüstung sind auch eine so ernste Sache, daß man sie nicht den Außenministern allein überlassen sollte. Ich halte es deswegen für vernünftig, wenn der Vorschlag akzeptiert werden könnte, auch die Verteidigungsminister zur passenden Zeit im Ministerrat auftreten zu lassen, damit sie dort ihr fachmännisches Urteil ebenso abgeben könnten, wie das

die Außenminister und ihre Stellvertreter bisher bereits getan haben.

Der Herr Kollege von Hassel — und damit komme ich auf den Punkt, den wir heute abgesetzt haben, wollte seinen Bericht auf ein zweites Bein stellen. Ihm ging es darum, eine ständige enge **Zusammenarbeit** zwischen der **Versammlung der Westeuropäischen Union** und dem **Europäischen Parlament**, der Europäischen Gemeinschaft herbeizuführen. Hier sprach der engagierte Europäer, vor dem wir Respekt haben sollten. Aber nach den Gesprächen am Rande der Versammlung ist klargeworden, daß sich derzeit für diese Forderung noch keine Mehrheit finden würde. Sowohl starke Anhänger einer Integration innerhalb der Europäischen Gemeinschaft als auch diejenigen, denen die heutige Stufe der Integration schon zu hoch ist, haben ihre Bedenken angemeldet. Ich meine, es wäre vernünftig, wenn wir den Bedenken insofern Rechnung trügen, als wir unseren Kollegen de Poi bitten, in seinen künftigen Bericht, dem bereits projektierten Nachfolgebericht, dieses Thema noch einmal aufzunehmen, damit sowohl die Versammlung als auch der zuständige Politische Ausschuß die Möglichkeit haben, das Gesamtthema in aller Ruhe zu erörtern.

Für den Kollegen von Hassel, der Herr Präsident hat bereits darauf hingewiesen — bedeutet der vorliegende Bericht seinen Abschied von uns. Da er in das Europäische Parlament gewählt worden ist, wird er der kommenden deutschen Delegation für diese Versammlung nicht mehr angehören. Ich glaube, wenn ich den Bericht insgesamt würdige, dann darf ich als sogenannter geschäftsführender Berichterstatter wohl darauf hinweisen: Nur wenige Kollegen hinterlassen neben ihrer Gesamtarbeit in dieser Versammlung ein so exzellentes Abschiedsgeschenk wie den Bericht, den der Herr Kollege von Hassel uns vorgelegt hat. Ich möchte Herrn von Hassel meinen Dank dafür ausdrücken und möchte die Damen und Herren Kollegen bitten, die Debatte zu beginnen.

Hermann Schmidt (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen, Herr Reddemann, der Sie hier dankenswerterweise sozusagen als Ersatzberichterstatter eingesprungen sind, herzliche Grüße und beste Wünsche für unseren alten gemeinsamen Bekannten und Freund, Herrn von Hassel, mitgeben, und ich möchte auch meinen Dank und meinen Respekt für die Analyse zum Ausdruck bringen, die in diesem Bericht gegeben worden ist.

Nun könnte man — und das ist hier ja auch bereits geschehen — die großen Aspekte der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik aufgreifen. Das will ich nicht tun, obwohl es mich reizen würde. Vielmehr will ich auf das eingehen, was auch in einem Ihrer Sätze, Herr Reddemann, anklang, nämlich auf die Konfusion auf höherer Ebene. Ich möchte Ihnen hier einige Fragen mitgeben. Ich bedauere sehr, daß Herr von Hassel nicht hier sein kann. Er hätte sie sicher sofort beantworten können. So muß ich sie Ihnen mitgeben. Diese Fragen hätten eigentlich noch geklärt werden sollen. Aus diesem Grunde hatte auch

die sozialistische Fraktion darum gebeten, den Bericht und den Empfehlungsentwurf noch einmal in den Ausschuß zurückzugeben. Sie wollte nämlich erreichen, daß diese Fragen noch geklärt würden.

Ich will dazu einige Punkte anführen. Natürlich enthält der Empfehlungsentwurf eine Reihe alter Wahrheiten. Vielleicht ist es aber zur Auffrischung unserer Erinnerung ganz gut, daß wir sie wieder einmal hören.

Nachdem die Führungsmacht der NATO, also unsere amerikanischen Freunde, erwähnt worden ist, ist von der Zusammenarbeit in Europa auf dem Gebiet der **Rüstungsproduktion** die Rede gewesen. Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nicht, daß daraus etwa ein Gegensatz konstruiert wird: Wir reden von unserem großen Bruder in Amerika, denken aber nur an den europäischen Teil.

— Das ist nicht möglich. Diesen Gegensatz will ich nur ausräumen.

Es sollen mit der EWG Maßnahmen im Interesse der europäischen Sicherheit besprochen, ergriffen werden, obwohl **Verteidigungsfragen** die **Europäische Gemeinschaft** nicht angehen. Darüber ist in den Verträgen nichts niedergelegt worden. Die Themen der Westeuropäischen Union, meine Damen und Herren, sind nicht die Themen der EG, und ich halte es für sehr bedenklich, wenn wir hier plötzlich gemeinsam auf eine neue Ebene treten, obwohl wir wissen, zu welchen Schwierigkeiten dies führt. Deswegen ist nach meiner Überzeugung auch etwa die Institutionalisierung von Beobachtern nicht notwendig. Sie braucht nicht zu sein; denn jedes Parlament ist souverän und, wenn es um wichtige Fragen geht, sicher jederzeit auch bereit, Kolleginnen und Kollegen aus anderen Parlamenten einzuladen.

Es soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden, die fünf Fragen prüfen soll, darunter auch die Frage, welche Möglichkeiten des **Beitritts** oder der Assoziierung zur **WEU** bestehen. Wir wissen nicht — ich sage dies immer im Hinblick auf den Empfehlungsentwurf —, wie die Mitgliedsländer dazu stehen, was sie dazu zu sagen haben, ob sie Bedenken haben oder ob sie dem zustimmen. Ich meine, es wäre nicht gut, wenn nationale Parlamente davon überrascht würden, wie wir hier über ihre Köpfe hinweg die große Politik anvisieren.

Es soll auch die europäische Rüstungspolitik und damit natürlich die Rüstungsproduktion angesprochen werden. Meine Damen und Herren, ich gehöre 20 Jahre dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages an, und weiß — das haben ich vom ersten Tage an erlebt —, wie stark uns immer wieder die Frage der **Standardisierung der Rüstung** und damit die Frage der Rationalisierung auf diesem Gebiet beschäftigt hat. Ich bin heute — und ich komme aus der Industrie — der Meinung, daß hier keine großen Fortschritte zu erwarten sind, wenn wir nicht auf ganz bestimmten Gebieten weiterkommen, etwa durch Kompensation oder etwa dadurch, daß ein Land zugunsten eines anderen Landes auf etwas verzichtet. So etwas hat aber erhebliche Konsequenzen etwa für die Unternehmerschaft oder die Ge-

werkschaften. Es geht dabei um Arbeitsplätze und vieles andere mehr. Ich sage Ihnen, bi- und trilaterale Zusammenarbeit ist kein Ersatz für die große Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung, weil die Produktion in verschiedenen Ländern, wie die leidvolle Erfahrung sowohl anderer Länder als auch der Bundesrepublik Deutschland zeigt, zu erheblichen Verteuerungen führt. Wir haben alle zu sparen. Wir hatten zu sparen, und wir haben jetzt auf all diesen Gebieten zu sparen.

Es ist schon gesagt worden: Die WEU besteht aus sieben Ländern, die NATO aus dreizehn Ländern und die EG aus neun Ländern. Wenn wir hieran denken und wenn wir weiter Irland, den Sonderstatus Frankreichs in der NATO und vieles andere in Erinnerung bringen, so wissen wir, daß es eine fast unlösbare Aufgabe ist, hier etwa durch den Auf- und Ausbau neuer Bürokratien sozusagen zu neuen Ufern zu kommen. Ich halte das für ausgeschlossen und bitte das mit zu bedenken, wenn über diesen Bericht entschieden wird. Ich warne sehr davor, meine Damen und Herren, über Eurogroup und andere Institutionen der NATO hinaus für die dort zu behandelnden Themen noch zusätzliche Gremien zu schaffen, deren Erfolglosigkeit mit absoluter Sicherheit zu erwarten ist. Das führt zu nichts, das bringt auch nichts. Deswegen ist die sozialistische Fraktion, als sie diese Bedenken diskutierte, zu der Ansicht gekommen, wir sollten hierüber im Ausschuß erneut nachdenken und prüfen, ob diese Fragen im Vorhinein beantwortet werden können. Dies ist nicht möglich. Deswegen müssen wir sie hier auf den Tisch legen.

Und nun möchte ich, da unser verehrter kommunistischer Kollege hier wieder einmal anwesend ist, noch folgendes sagen. Sie haben Ihre Rede, die Ihnen sicher konzipiert worden ist, flüssig heruntergelesen. Sie haben Länder und Politiker beleidigt, auch aus meinem eigenen Land. Ich könnte das jetzt scharf zurückweisen. Aber mir war in Ihren Ausführungen viel zuwenig Substanz, als daß ich dazu überhaupt etwas sagen könnte. Nur eines ist mir dabei wieder zum Bewußtsein gekommen. Es ist doch richtig, was einmal eine große Politikerin gesagt hat: daß in der Demokratie die Freiheit immer die des Andersdenkenden ist. Und mit dieser Freiheit gehen Sie ja auch großzügig um.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich möchte mich zunächst bei allen, die an dieser Debatte teilgenommen haben, herzlich bedanken. Ich freue mich natürlich über diejenigen, die meinem Kollegen von Hassel und mir zugestimmt haben, aber ich sichere auch allen denjenigen, die sich sehr kritisch geäußert haben, gerne zu, daß ich mit außerordentlicher Aufmerksamkeit zugehört habe und in der Tat das eine oder andere Bedenken besser verstanden habe, als ich es vorher ahnen konnte.

Ich muß ein besonderes Wort des Dankes Herrn Boucheny sagen, auch wenn das den einen oder anderen in diesem Augenblick überraschen wird. Ich glaube, Herr Boucheny hat uns wieder einmal schlagend demonstriert, wie Kommunisten selbst dann ungerührt eine Aussage in ihr Gegenteil verkehren, wenn die Versammlung, vor der sie sprechen, die

Wahrheit kennt. Über den Wahrheitsgehalt kommunistischer Friedensbeteuerungen hat die Rede des Kollegen Boucheny daher mehr ausgesagt als manche Analyse, die wir in unserer Versammlung vornehmen konnten.

Lassen Sie mich ganz kurz drei Punkte aufgreifen, weil ich meine, daß sie die wesentlichen waren, die in dieser Debatte geäußert worden sind.

Da war zunächst einmal die Besorgnis, daß eine engere **Zusammenarbeit der europäischen Staaten auf dem Rüstungssektor** dazu führen könnte, die notwendige Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten zu stören. Ich bin überhaupt nicht dieser Meinung, sondern ich vertrete die Auffassung, daß es geradezu notwendig ist, innerhalb Europas diese Zusammenarbeit auszubauen. Wir produzieren doch heute nicht mehr Schwerter, Hellebarden, Morgensterne und Ähnliches — das können in jedem Land Dorfschmiede erledigen —, sondern wir produzieren eine Reihe von Waffen, die eine außerordentlich große Technologie erfordern, oft über Landesgrenzen hinweg. Herr Kollege Schmidt, der sich zwar kritisch dazu äußerte, hat aber mit Recht darauf hingewiesen, daß eine Zusammenarbeit schon allein deshalb notwendig ist, weil bei diesen neuen Waffensystemen das eine oder andere Land auf die Produktion verzichten muß, damit wir zu einer vernünftigen europäischen Zusammenarbeit kommen und — ich füge hinzu — auch wirtschaftliche Effizienz bei dieser Produktion erreichen. Ich glaube daher, daß die Vorstellungen, die Herr Kollege von Hassel gerade bei diesem Punkt vorgetragen hat, einfach aus den Notwendigkeiten heraus gewachsen sind — und ich bitte, dies zu bedenken.

Ein Zweites: Es ist bei der Überlegung, wie eng die Zusammenarbeit zwischen dem **Europäischen Parlament** und der **Westeuropäischen Union** sein könnte, immer wieder darauf hingewiesen worden, wie stark der militärische Aspekt dieser Versammlung hier ist. Ich darf aber darauf hinweisen, daß es eine Allgemeinzuständigkeit der Westeuropäischen Union auch für politische Fragen gibt und daß die Dauereinschränkung auf ausschließlich militärische Bereiche mit dem Vertrag einfach nicht übereinstimmt. Daher stelle ich mir die Frage, ob wir uns nicht isolieren, wenn wir uns zu sehr bzw. ausschließlich auf den militärischen Aspekt beschränken. Ich bin sicher, daß dann andere parlamentarische Versammlungen die Funktionen, die eigentlich auch hier wahrgenommen werden könnten, mit übernehmen.

Der dritte Punkt ist eigentlich eine Frage, und zwar an alle diejenigen, die heute mit Entschiedenheit eine Zusammenarbeit, den **Austausch von Beobachtern**, auch für die Zukunft abgelehnt haben. Was tun wir, wenn das Europäische Parlament eines Tages an uns herantritt und die Frage stellt, ob nicht der Austausch von Beobachtern notwendig sei. Ich fürchte, wir kommen mit den Antworten, die von bestimmten Richtungen hier gegeben worden sind, dann nicht weiter.

Herr Präsident, ich darf damit das, was ich jetzt in der gebotenen Kürze zur Gesamtdebatte zu sagen hatte, schließen.

Ich möchte die herzliche Bitte an alle diejenigen richten, die meinten, sie könnten aus dem einen oder anderen Grunde der Gesamtentschließung nicht zustimmen, über Nacht noch einmal zu überlegen, ob nicht ein Teil Ihrer Überlegungen auf Vorstellungen, vielleicht auch Vorurteilen, beruhte, die der Bericht-erstat-ter und der politische Ausschuß in der von ihnen befürchteten Form überhaupt nicht hatten. Ich appelliere daher an Sie, morgen der Entschließung Ihre Zustimmung zu geben.

Empfehlung 358

betr. die Zukunft der europäischen Sicherheit

Die Versammlung,

ist der Ansicht, daß es im gemeinsamen Interesse aller ihrer Mitglieder liegt, sich für die kollektive Sicherheit einzusetzen, damit der Frieden gefestigt und Entspannung und Abrüstung gefördert werden;

ist der Ansicht, daß Europa gegenwärtig einer Bedrohung ausgesetzt ist, die durch die auf vielen Gebieten von der Sowjetunion erreichte Überlegenheit große Ausmaße angenommen hat;

ist der Ansicht, daß die Unternehmungen der Sowjetunion außerhalb des europäischen Kontinents diese Bedrohung auch auf die Bereiche Wirtschaft und Politik ausdehnen;

ist der Ansicht, daß die Sicherheit Europas nur durch den Zusammenhalt und die Stärke des Atlantischen Bündnisses sowie die Entschlossenheit seiner Mitglieder garantiert werden kann;

ist der Ansicht, daß diese Forderung nur durch eine enge Verständigung zwischen den europäischen und amerikanischen Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses über die gemeinsame Verteidigungspolitik erfüllt werden kann;

ist der Ansicht, daß die Situation von seiten der europäischen Komponente des Bündnisses eine verstärkte Anstrengung zur Teilnahme an der gemeinsamen Verteidigung und an Abrüstungsinitiativen, besonders auf dem Gebiet der konventionellen Waffen, erfordert;

ist der Ansicht, daß diese Anstrengungen, um wirksam zu sein, eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion erfordern;

ist der Ansicht, daß die Europäische Gemeinschaft eine Solidarität zwischen der Mehrzahl der europäischen Mitglieder des Atlantischen Bündnisses zustande gebracht hat, so daß sie in vielen Punkten imstande sind, zu Fragen, die außerhalb der Gemeinschaftskompetenzen liegen, einen gemeinsamen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen;

ist der Ansicht, daß der geänderte Brüsseler Vertrag zusammen mit dem Nordatlantikvertrag die Grundlage der europäischen Sicherheit darstellt;

ist der Ansicht, daß die Europäische Gemeinschaft nicht in der Lage ist, die WEU zu ersetzen und die

dieser Organisation übertragenen Befugnisse auf dem Gebiet der Verteidigung und der Rüstung auszuüben, daß aber unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden sollten, um den Erfordernissen der europäischen Sicherheit Rechnung zu tragen;

Empfiehlt dem Rat

die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, mit dem Auftrag, die von der Gesamtheit der Mitgliedsländer zu ergreifenden Maßnahmen zu prüfen, um die WEU an die gegenwärtigen Verteidigungserfordernisse in Europa anzupassen, und speziell folgende Punkte zu untersuchen:

- a) die Koordination der Politik der Mitgliedsländer auf den Gebieten, die in ihren Kompetenzbereich fallen, nämlich Verteidigung, Rüstung und Abrüstung;
- b) die Teilnahme von Verteidigungsministern oder ihren Stellvertretern an Sitzungen, die ihr Ressort betreffende Fragen behandeln;
- c) die Einberufung von Sitzungen vor den Tagungen des Nordatlantikrats, mit dem Ziel, gemeinsame Stellungnahmen seiner Mitglieder zu Fragen der Sicherheit in Europa zu erarbeiten,
- d) die Aufforderung an alle Mitgliedsländer der EG, die beitragswilligen Länder oder die europäischen Mitglieder der NATO alle Initiativen und Maßnahmen zu ergreifen, die eine möglichst enge Partizipation ihrer Aktivitäten an der Verwirklichung der Ziele des geänderten Brüsseler Vertrages fördern können;
- e) Folgemaßnahmen zu der vom Ständigen Rüstungsausschuß durchgeführten Untersuchung, damit eine echte europäische Rüstungspolitik entwickelt werden kann.

Dienstag, 2. Dezember 1980

Tagesordnungspunkt:

Haushaltsentwurf der Versammlung für das Finanzjahr 1981

(Drucksache 850)

Berichterstatter: Sen. Adriaensens

Tagesordnungspunkt:

Stellungnahme zum Haushalt der ministeriellen Organe der WEU für das Finanzjahr 1980

(Drucksache 862)

Berichterstatter: Abg. Kershaw

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Staatsministers im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland,
Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher**

Frau Dr. Hamm-Brücher, Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland. — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Darf ich Ihnen, Herr Präsident, zunächst herzlich für die warmen Worte der Begrüßung danken. Ich möchte meinerseits feststellen, daß es mir eine große Freude bereitet, wiederum in dem vertrauten Kreis der WEU-Versammlung sprechen zu dürfen.

Herr Präsident, bitte erlauben Sie mir, bevor ich beginne, doch noch unseren italienischen Kollegen meine aufrichtige Anteilnahme und die aufrichtige Anteilnahme meiner Regierung für das schreckliche Erdbebenunglück zu übermitteln, das so viele Menschen in Süditalien betroffen hat. Unsere italienischen Freunde dürfen versichert sein, daß unsere Regierung alles in ihren Kräften Stehende tut, um zu helfen, und daß auch die Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung groß ist, um den betroffenen Menschen ein wenig Linderung zu verschaffen.

Meine Damen und Herren, in wenigen Wochen neigt sich das Jahr 1980 seinem Ende zu, und es liegt nahe, Bilanz zu ziehen. Diese Bilanz weist — wie könnte es anders sein — positive und negative Seiten auf. Manche Entwicklung in der Weltpolitik muß uns auch mit Blick auf die Zukunft mit tiefer Sorge erfüllen. Der Herr Abgeordnete Brown hat ja soeben in seinem Bericht einige dieser Sorgen aufgezählt und temperamentvoll dargestellt.

Um die Jahreswende 1979/1980 überfiel die Sowjetunion ihr blockfreies Nachbarland Afghanistan. Seither hat das afghanische Volk sehr deutlich bewiesen, daß es sich gegen die sowjetische Besatzung auflehnt. Zweimal ist die Sowjetunion von der überwältigenden Mehrheit der UN-Vollversammlung aufgefordert worden, ihre Truppen aus Afghanistan zurückzuziehen. Sie hat dieser Aufforderung nicht Folge geleistet. Noch immer dauert auch die Geiseltatgödie des im Iran widerrechtlich inhaftierten amerikanischen Botschaftspersonals an. Zwischen zwei islamischen Staaten am Golf, Iran und Irak, ist ein Krieg ausgebrochen, der seit mehreren Monaten mit großer Heftigkeit geführt wird und nicht nur die Region, sondern den Weltfrieden bedroht.

In Europa steht angesichts vor allem der Ereignisse in Polen die Entspannungspolitik in einer Belastungs- und einer Bewährungsprobe. Mit der drastischen Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher hat die DDR im Verhältnis der beiden deutschen Staaten in den Bestand dessen eingegriffen, was für die Menschen in beiden Teilen an menschlichen Erleichterungen erreicht worden war. Wir sehen darin einen schweren Rückschlag für alle Deutschen.

Schließlich, Herr Präsident, hat sich die Wirtschaftslage weltweit — in Ost und West, in Nord und Süd — verschlechtert. Die Ölpreise sind weiter gestiegen,

und von diesem Preisanstieg geht eine destabilisierende Wirkung insbesondere auf die schwächeren Volkswirtschaften aus.

Die Welt steht also vor ernststen Herausforderungen und Gefährdungen. Um so mehr, Herr Präsident, ist es geboten, daß wir auch im Rahmen der WEU über diese internationalen Zusammenhänge diskutieren, und ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, versichern, daß es mir nicht nur wichtig ist, sondern auch Freude bereitet, wieder einmal zu Ihnen sprechen zu dürfen. Nehmen Sie dies bitte auch als neuerliches Zeichen für das unverminderte Interesse, das meine Regierung Ihrer Arbeit und auch den Debatten in der WEU-Versammlung beimißt.

Herr Präsident, Westeuropa ist auch in diesem Jahr vor größeren Erschütterungen bewahrt geblieben. Aber wir alle wissen sehr wohl, daß auch wir von den vorher erwähnten Ereignissen, die sich jenseits unserer Region abspielen, auf das nachdrücklichste betroffen sind. Die engen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Bande, die unsere Länder miteinander verknüpfen, haben ja eine feste Gemeinschaft begründet, und nur vereint werden wir den Herausforderungen der kommenden Jahre gewachsen sein. Getrennt würden wir ihre Opfer.

Was liegt näher, als daß ich als Vertreterin des Landes, das an der Nahtstelle zwischen Ost und West liegt, aus der Vielzahl der zuvor aufgeführten Probleme heute über diejenigen spreche, die mein geteiltes Land besonders berühren? Das sind insbesondere die Frage nach der Zukunft des Ost-West-Verhältnisses und in diesem Zusammenhang vor allem die Fragen der Sicherheit und der Abrüstung, die Sie ja hier in Ihrem Parlament beschäftigen.

Die Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses hat mit der sowjetischen Intervention in Afghanistan begonnen. Ihre Auswirkungen und Folgen überschatten das Ost-West-Verhältnis und gefährden Entspannung und Zusammenarbeit fast bis zur Zerreißprobe. Die vergangenen Monate haben deutlich gemacht, daß Afghanistan keineswegs — wie die Sowjetunion glauben machen möchte — ein bilaterales sowjetisch-afghanisches oder regionales Problem ist, sondern grundlegende Bedeutung für die weitere Entwicklung der Ost-West-Beziehungen insgesamt hat. Die eklatante Verletzung verbindlicher Völkerrechtsnormen durch die Sowjetunion und die Verstöße gegen die Prinzipienklärung der Schlußakte von Helsinki haben das Vertrauen in die sowjetische Achtung der Regeln internationalen friedlichen Zusammenlebens schwer erschüttert. Die militärische Invasion in ein blockfreies Land stellt eine Wende in der sowjetischen Außenpolitik dar. Die von der Sowjetunion vorgeschobene Begründung einer Bedrohung ihrer Sicherheit können wir alle nicht akzeptieren.

Herr Präsident, in Europa sind augenscheinlich die Sowjetunion und einige ihrer Verbündeten über die Ereignisse in Polen tief beunruhigt. Dort hält die kritische Lage unverändert an. Eine besonders sorgfältig abgewogene und abgestimmte Politik ist deshalb in dieser Frage erforderlich. Meine Regierung wird

sich auch weiterhin in öffentlichen Äußerungen zur Entwicklung in Polen sehr zurückhalten. Jeder Vorwurf einer Einmischung in die dortigen neuen politischen Vorgänge ist völlig unbegründet. Die Bundesregierung wird andererseits ihre Bemühungen fortsetzen, polnischen Wünschen nach wirtschaftlicher Unterstützung im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten entgegenzukommen. Sie begrüßt entsprechende Maßnahmen anderer Partner und insbesondere auch die Nahrungsmittelhilfe der EG.

Das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten war und bleibt ein bedeutsamer und unverzichtbarer Teil unserer Politik der Zusammenarbeit und der aktiven Friedenssicherung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich deshalb in der vergangenen Dekade beharrlich und entschieden um ein gut nachbarliches Verhältnis zur DDR und um einen Ausbau der Kooperation mit ihr bemüht. Als Ergebnis dieser Politik sind für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands erhebliche Erleichterungen geschaffen. Um so mehr ist es zu beklagen, daß die DDR durch die drastische Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher und die Einbeziehung sogar von Rentnern und Kindern in die Substanz der bisher erreichten Erleichterungen und Verbesserungen im innerdeutschen Verhältnis eingegriffen hat. Dies, Herr Präsident, ist eine Maßnahme, die in tragischer Weise in die vielfachen familiären Bindungen zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten einschneidet. Darin manifestieren sich die Abgrenzungsbestrebungen der DDR, und damit stellt die DDR ein Kernstück europäischer Entspannungspolitik in Frage.

In ihrer Verantwortung für den Zusammenhalt der Nation wird meine Regierung diese von der DDR betriebene Politik der Abgrenzung ihrerseits nicht mit Abgrenzung beantworten. Sie wird vielmehr auf die Rücknahme der von der DDR getroffenen Restriktionsmaßnahme hinwirken mit dem Ziel, die bereits geschaffenen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten im Interesse der Stabilität und Zusammenarbeit in Europa, im Interesse der betroffenen Menschen ihrerseits aufrechtzuerhalten und, wenn möglich, weiter auszubauen.

In diesem Zusammenhang bedarf die Stadt Berlin besonderer Erwähnung. Wir beurteilen unverändert den Grad der Entspannung in Europa auch nach der Lage in und um Berlin. Die jüngsten Belastungen des innerdeutschen Reiseverkehrs werden von den Berlinern als Bewohnern der geteilten Stadt ja ganz besonders schmerzlich empfunden. Für die Erhaltung einer ruhigen Lage in und um Berlin ist es deshalb erforderlich, daß das Viermächteabkommen vom 3. September 1971 störungsfrei funktioniert und seine Errungenschaften nicht durch einseitige Maßnahmen beeinträchtigt werden.

Herr Präsident, wir sind zur Fortführung einer Politik der Verständigung und des Interessenausgleichs bereit. Für uns, die wir an der Nahtstelle zwischen Ost und West und in einem geteilten Land leben, ist dies eine realistische, eine nüchterne Politik, die auch unseren Interessen dient.

In diesem Sinne haben wir es begrüßt, daß das Madrider KSZE-Folgetreffen doch noch termingerecht

beginnen konnte und daß es schließlich gelang, sich auf eine Tagungsordnung zu einigen, die unseren Vorstellungen weitgehend entspricht.

Wir bewerten es auch als positiv, daß in den Eingangserklärungen der westlichen, neutralen und ungebundenen Länder die zwischen Ost und West anstehenden Probleme klar und deutlich angesprochen wurden und dabei doch der Wille zur Fortsetzung des KSZE-Prozesses deutlich betont wurde.

Die Aussichten für Fortschritte in den Madrider Sachverhandlungen sehen wir realistisch. Es gilt aber, keine Chance zur Erreichung auch bescheidener Fortschritte ungenutzt zu lassen.

Meine Damen und Herren, die militärischen Aspekte der Entspannung sind in den letzten Jahren in den Mittelpunkt der Ost-West-Diskussion gerückt. Für uns gilt dabei nach wie vor der Grundsatz, daß unsere Politik des Ausgleichs und der Kooperation mit dem Osten nur auf der Grundlage der Sicherheit und des militärisch-strategischen Gleichgewichts erfolgreich sein kann. Ohne ein solches Gleichgewicht zwischen Ost und West gibt es weder Sicherheit noch stabilen Frieden. Ein Ungleichgewicht zugunsten des Ostens könnte den Warschauer Pakt zu einer Politik der erhöhten Risikobereitschaft einladen. In einer Welt, in der Staaten durch ihre Handlungen beweisen, daß sie nicht auf den Gebrauch militärischer Macht zur Durchsetzung politischer Ziele verzichten, muß sich gleichgewichts- und stabilitätsorientierte Rüstungskontrollpolitik auf den Willen und auf die Fähigkeit zur Verteidigung stützen.

Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beruht auf der Mitgliedschaft im Atlantischen Verteidigungsbündnis und in der Europäischen Gemeinschaft. Beide Gemeinschaften sind auf gemeinsamen Wertvorstellungen von der Würde des Menschen, der Freiheit und der Selbstbestimmung begründet. Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, ihren Beitrag zur westlichen Sicherheit, den sie im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses leistet, den sich wandelnden weltpolitischen Bedingungen anzupassen. Die im Rahmen des Bündnisses getroffenen Maßnahmen zur Stärkung der westlichen Verteidigungsbereitschaft nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan werden von der Bundesrepublik voll mitgetragen.

Was den relativen Umfang und die Bedeutung unseres Verteidigungsbeitrages betrifft, nehmen wir im Bündnis einen Spitzenplatz ein. In diesem Zusammenhang, Herr Präsident, begrüßt meine Regierung die vom WEU-Rat am 24. Juli 1980 beschlossene Aufhebung der nicht mehr zeitgemäßen Schiffsbaubeschränkungen in Art. V Annex III, Protokoll III des Revidierten Brüsseler Vertrages von 1954. Sie ist der Auffassung, daß dadurch in besonderem Maße für eine partnerschaftliche und gleichberechtigte Zusammenarbeit in einem wesentlichen Bereich gemeinsamer Verteidigungsplanung Sorge getragen wird. Den Abgeordneten dieser Versammlung möchte ich für ihre Unterstützung in dieser Sache im Namen meiner Regierung heute aufrichtig danken.

Herr Präsident, für die Richtigkeit der Annahme, daß ein sinnvolles Abrüstungsgespräch nur auf der Grundlage eines festen Verteidigungswillens und des Prinzips der beiderseitigen, durch ein Gleichgewicht der Kräfte abgestützten Sicherheit möglich ist, spricht der Beginn der Genfer Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion über die Eingrenzung der nuklearen Mittelstreckensysteme. Erst der Doppelbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979, der zugleich mit dem Rüstungskontrollangebot die Entschlossenheit unterstrich, die für die Wiederherstellung des Gleichgewichts erforderlichen Schritte zu unternehmen, hat diese Verhandlungen möglich gemacht. Wir halten den Beginn dieser Gespräche für einen bedeutsamen Schritt auf dem Weg zu einer beiderseitigen, auf ein stabiles Kräfteverhältnis gerichteten Begrenzung dieser Waffensysteme im Einklang mit den Prinzipien der Parität und der Gleichheit.

Die in Wien laufenden Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen sind nach Auffassung meiner Regierung trotz bisher mangelnder konkreter Ergebnisse nach wie vor von großer sicherheitspolitischer Bedeutung. Sie ermöglichen den Versuch des Atlantischen Bündnisses, Verteidigungspolitik durch Rüstungskontrolle zu ergänzen. Dabei messen wir in der gegenwärtigen schwierigen politischen Gesamtsituation den stabilisierenden Wirkungen besondere Bedeutung zu, die von den MBFR-Verhandlungen sowohl für das Bündnis als auch für die Ost-West-Beziehungen ausgehen.

Die gegenwärtige Verhandlungssituation in Wien wird bestimmt durch die westlichen Vorschläge vom Dezember 1979 für ein Interimsabkommen und für begleitende Maßnahmen. Zwar steht eine umfassende Antwort des Ostens auf diese Vorschläge noch aus, durch seine jüngsten Teilvorschläge vom Juni und November des Jahres aber hat der Osten zu erkennen gegeben, daß er sich auf das westliche Konzept eines Interimsabkommen zubewegt.

Herr Präsident, ein Kernelement der westlichen Verhandlungsposition bleibt das Kollektivitätsprinzip. Es gewährleistet die Funktionsfähigkeit der integrierten Verteidigung im Bündnis und stellt sicher, daß keinem der im Raum der Reduzierungen gelegenen Bündnispartner eine sicherheitspolitische Sonderregelung auferlegt wird. Der Westen kann nur kollektive Reduzierungsverpflichtungen akzeptieren, wobei die Aufteilung von kollektiv vereinbarten Reduzierungsquoten der autonomen allianzinternen Entscheidung vorbehalten bleiben muß. Der Osten bleibt aufgefordert, seinen Beitrag zur Lösung der Datenfrage zu leisten. Die Einigung über die Ausgangsdaten für die Streitkräfte aller direkten MBFR-Teilnehmer im Raum der Reduzierungen bleibt unerläßliche Voraussetzung für die Herstellung der Parität, die der Osten im Prinzip ja als Verhandlungsziel akzeptiert hat. Ein erstes Verhandlungsergebnis in Wien ist nach Auffassung meiner Regierung erreichbar, wenn der Osten den zur Aufklärung der Diskrepanz erforderlichen praktischen Beitrag wenigstens über diejenigen Daten leistet, die für ein Interimsabkommen erforderlich

sind, nämlich amerikanische und sowjetische Daten.

Die Bundesregierung mißt auch im KSZE-Prozeß der Behandlung der militärischen Aspekte der Sicherheit aus entspannungspolitischen sowie aus sicherheitspolitischen Gründen große Bedeutung bei. Der durch die Schlußakte gegebene Verhandlungsrahmen bietet einen geeigneten Ansatz für einen Beitrag zur Stabilisierung der militärischen Lage in einem gesamteuropäischen Maßstab, einen Ansatz, der zudem andere rüstungskontrollpolitische Maßnahmen, vor allem hier wieder MBFR, sinnvoll ergänzen kann. Wir treten deshalb in Madrid mit unseren Bündnispartnern für die Vereinbarung militärisch bedeutsamer und verifizierbarer vertrauensbildender Maßnahmen ein, die auf dem ganzen europäischen Kontinent einschließlich des europäischen Territoriums der Sowjetunion Anwendung finden müssen. Ein geeignetes Forum hierfür wäre eine besondere Konferenz aller KSZE-Teilnehmerstaaten, die durch ein Mandat des Folgetreffens in Madrid eingesetzt werden könnte und eng in den KSZE-Prozeß eingebunden bleiben müßte.

Die Bundesregierung hat deshalb den von Frankreich im Bündnis eingebrachten Vorschlag für eine Konferenz für Abrüstung in Europa von Anfang an unterstützt. Dabei hat für uns der in diesem Vorschlag enthaltene gesamteuropäische Anwendungsbereich besondere Bedeutung, weil Sicherheit und Frieden in Europa nicht teilbar sind. Eine geographische Begrenzung der Vertrauensbildung würde den Keim neuen Mißtrauens in sich tragen. Auch verlangt das Prinzip der Gleichheit aller Staaten, daß Vereinbarungen, die auf einer KAE getroffen würden, für alle Teilnehmerstaaten in Europa gleichermaßen gelten müssen.

Bei aller Bedeutung der militärischen Aspekte der Sicherheit im KSZE-Prozeß darf das Mandat für eine Konferenz für Abrüstung in Europa aber nicht das einzige Ergebnis der Madrider Nachfolgekonferenz sein. Es ist essentiell, meine Damen und Herren, den KSZE-Prozeß insgesamt in Takt zu halten. Dazu gehört die gleichmäßige Beachtung aller drei Körbe der Schlußakte.

In den Vereinten Nationen hat die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit anderen Staaten die Initiative ergriffen, um den Gedanken der Vertrauensbildung auf seine Anwendbarkeit in allen Regionen der Welt zu prüfen und um konkrete Maßnahmen zu entwickeln, mit denen Vertrauen erzeugt und bewahrt werden kann. Zudem setzen wir uns in den Vereinten Nationen für eine weltweite Offenlegung der Militärhaushalte ein.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie mich bitte mit einer allgemeinen Betrachtung schließen. So sehr die wechselnde internationale Lage uns zu einer dauernden Überprüfung unserer Politik zwingt — und zu einer solchen Überprüfung leisten ja auch die halbjährlichen Debatten ihrer Versammlung einen sehr wichtigen Beitrag —, so wichtig ist es aber auch bei der Verfolgung unserer als richtig erkannten Politik, Festigkeit und Bestän-

digkeit zu zeigen. In diesem Geiste sollten unsere Länder ihre Politik im Ost-West-Verhältnis fortführen und sich damit immer wieder als verlässliche Partner erweisen. — Herr Präsident, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Die folgende Frage des Abg. Dr. Geßner wurde von Frau Staatsminister Dr. Hamm-Brücher im Zusammenhang mit allen übrigen ihr gestellten Fragen beantwortet.

Dr. Geßner (SPD): Frau Minister, ich möchte Ihre Anwesenheit zu einer Frage nutzen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit Ihrer Rede steht, aber dennoch, wie ich glaube, für die Versammlung von Interesse ist. Wir haben heute morgen über den Etat der Westeuropäischen Union diskutiert. Würden Sie freundlicherweise eine Stellungnahme für die Bundesrepublik zum Etat der Westeuropäischen Union insgesamt abgeben?

Frau Dr. Hamm-Brücher, Bundesrepublik Deutschland: Herr Präsident, ich werde mein Bestes versuchen, die Fragen in der Reihenfolge, in der sie gestellt worden sind, zu beantworten. Auf die erste Frage des Herrn Abgeordneten Valleix, die sich auf die Arbeitsteilung im Bündnis und die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf real 3 % bezog, darf ich antworten: Herr Abgeordneter, die Bundesrepublik Deutschland hat im Durchschnitt der letzten zehn Jahre jedes Jahr ihre Verteidigungsausgaben um 3 % erhöht. Sie wird auch im Jahre 1980 fast an diese Erhöhung herankommen. Diese Erhöhungen wurden vor allem im investiven Bereich vorgenommen. Für 1981 stehen gerade solche investiven Maßnahmen wieder in besonderer Weise im Vordergrund. Wir werden — wie bisher — die allergrößten Anstrengungen unternehmen, um das Ziel der Erhöhung des Verteidigungshaushalts auch im nächsten Jahr zu erreichen. Sie wissen, Herr Abgeordneter, daß unsere allgemeine Wehrpflicht dazu führt, daß die für die Bundeswehr vorgesehene 500 000-Mann-Stärke erreicht wird und daß in unserem Lande auch die Reservisten in die Überlegungen für den Verteidigungsfall mit einbezogen werden müssen.

Der Herr Kollege Osborn sprach von der IPU-Konferenz und den Beziehungen beiden Teilen Deutschlands zueinander. Sie fragten — wenn ich Ihre Frage richtig verstanden habe —, ob man mehr voneinander wissen sollte. Darum bemühen wir uns. Ich sagte auch in meinen Ausführungen, daß wir eine leider festzustellende Abgrenzungspolitik der DDR gegenüber der Bundesrepublik nun nicht unsererseits mit neuerlicher Abgrenzung beantworten wollen, weil es uns darum geht, wo immer möglich, die erreichten Verbesserungen unsererseits nicht in Frage zu stellen.

Der Herr Abgeordnete Gessner hat um eine Stellungnahme zum vorliegenden Etat der WEU und ihrer Versammlung gebeten. Ich bin gern bereit, sie hier abzugeben. Meine Damen und Herren aus allen Mitgliedstaaten, Sie wissen, daß wir gegenüber den frühen 70er Jahren jetzt überall eine verschlechterte Wirtschafts- und Finanzlage zu beklagen haben, die

in unseren nationalen Budgets zu einschneidenden Sparmaßnahmen führen mußte. Überall sind solche Sparmaßnahmen unpopulär. Wir haben aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers in der vorigen Woche erfahren, daß unser Etat im nächsten Jahr nur eine nominale Steigerung von 4 % erfahren wird. Diese Steigerungsrate bemißt sich nach der zu erwartenden Inflationsrate. Wir können also, meine sehr verehrten Damen und Herren, im kommenden Jahr in keinem Falle mit einem realen Wachstum der Staatsausgaben rechnen. Wir müssen uns vielmehr eher auf eine reale Minderung unseres nationalen Haushalts einrichten. Dabei wird es zu erheblichen und auch sehr schmerzlichen Kürzungen in unseren öffentlichen Ausgaben kommen müssen.

Solche Einsparungen können sich nicht nur auf den nationalen Bereich beschränken. Dies gilt um so mehr, als wir uns gerade auf dem Gebiet der Verteidigung der Notwendigkeit weiterer finanzieller Anstrengungen gegenübersehen — davon habe ich gesprochen.

Vor diesem Hintergrund sind auch unsere Bemühungen um Einsparungen in dem Haushalt der WEU zu sehen. Ich darf Ihnen aber versichern, daß das Interesse der Bundesregierung an der uneingeschränkten Funktionsfähigkeit der WEU unvermindert fortbesteht. Wir sind jedoch der Auffassung, daß dieses Ziel auch auf dem Wege einer stärkeren Rationalisierung erreicht werden kann — ebenso, wie wir uns das in unseren nationalen Zuständigkeitsbereichen sehr ernsthaft vorgenommen haben. Ich bitte Sie daher um Verständnis für unsere Vorschläge und um Ihre Kooperationsbereitschaft. Ich habe schon gehört, daß sie durchaus vorhanden ist.

Die Frage des Herrn Abgeordneten Pignion bezog sich wohl auf die deutsch-französische Rüstungszusammenarbeit. Hier gibt es keine grundlegenden Meinungsunterschiede. Und wenn Fragen auftreten, dann werden sie im Geiste der deutsch-französischen Freundschaft gelöst, wie bisher. Meine Regierung wünscht den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit mit Frankreich und unseren anderen Partnern.

Herr Präsident, jetzt komme ich zu der Frage des Herrn Abgeordneten Brown, die ich eigentlich schon bei meinen Antworten auf die vorhergehenden Fragen mit beantwortet habe. Ich habe in meinen Ausführungen nicht gesagt, daß wir unsere Beiträge unilateral erhöhen wollten, sondern ich habe nur gesagt, daß wir die Anstrengungen unternehmen, die nötig sind, um weiter, was unsere Verteidigungsleistungen angeht, mit an der Spitze im Bündnis zu stehen.

Der italienische Kollege de Poi hat nach Berlin und dem Entspannungsprozeß gefragt. Ich glaube, Sie haben sich versprochen, Herr Abgeordneter. Es sind nicht die Grenzen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen geschlossen worden, sondern die zwischen der DDR und Polen. Hier liegt wohl einfach ein kleines Mißverständnis vor. Zu Polen habe ich im übrigen einige Ausführungen ge-

macht. — Entschuldigung, das war ein Übersetzungsfehler. Das kann passieren.

Wir bedauern solche Maßnahmen immer; denn im Sinné des Entspannungsprozesses und vor allem der Prinzipien in Korb III ist eine Schließung von Grenzen eine Maßnahme, die der Entspannung und den Prinzipien der Entspannung entgegensteht.

Die nächste Frage ging dahin, ob wir aus Afghanistan und den Erfahrungen nach Afghanistan gelernt hätten. Ich habe gerade vorhin, als ich kam, bei den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Brown vernommen, daß er sehr offen und kritisch bedauert hat, daß der Westen nach der Invasion in Afghanistan so langsam und so schwerfällig reagiert habe. Ich glaube, daß der Westen daraus gelernt hat. Der Westen hat von Anfang an sehr deutlich Stellung bezogen. Er hat den Abzug der sowjetischen Truppen gefordert. Wir haben in der Folge von Afghanistan die angrenzenden Regionen bewußt gestärkt. Wir Deutschen haben die Türkeihilfe — übrigens auch in der Arbeitsteilung des Bündnisses — sehr verstärkt. Wir haben auch eine hohe Entwicklungshilfe an Pakistan geleistet. Wir stärken die Zusammenarbeit mit den Golf-Staaten. Ich meine schon, daß nicht nur die Bundesrepublik Deutschland auf die Invasion in Afghanistan hin Konsequenzen gezogen und politische Aktivitäten eingeleitet hat und in dieser Weise auf die Invasion der Sowjetunion in Afghanistan deutlich reagiert hat. Ich meine, meine Damen und Herren, daß die zweimalige Verurteilung dieser Invasion in den Vereinten Nationen — beim zweitenmal war die Zahl der Staaten, die die Invasion verurteilten, mit 114 höher als beim erstenmal, als es 104 waren — mit dazu beigetragen hat, der Sowjetunion deutlich zu machen, daß es der Wunsch der Weltgesellschaft ist, daß die Truppen wieder aus Afghanistan zurückgezogen werden mögen.

Zur letzten Frage des Abgeordneten Bozzi: Ich habe in meinen Ausführungen sehr deutlich gemacht, wie sehr die Bundesregierung die Aufhebung der Begrenzungen in den Schiffsbaubestimmungen begrüßt hat und wie dankbar wir in diesem Zusammenhang besonders diesem Hause sind, daß es uns dabei unterstützt hat. Ich erinnere mich an frühere Fragen anläßlich meiner Anwesenheit hier, aus denen ich schon damals entnehmen konnte, daß es eine große Sympatie seitens der Abgeordneten dafür gibt, diese für uns zweifellos diskriminierenden Bestimmungen aufzuheben.

Das Image der WEU in meinem Lande, meine Damen und Herren, war immer gut und wird immer gut bleiben. In diesem Zusammenhang ist natürlich auch anerkannt worden, daß hier eine wichtige Korrektur vorgenommen worden ist.

Zu der Frage, was diese Maßnahme für unseren Schiffsbau bedeutet: Sie ist für unser Land wohl besonders im Rahmen der Rüstungszusammenarbeit wichtig. Im Augenblick ist aber nicht — das darf ich ausdrücklich sagen — an den Bau größerer Einheiten für die Bundesmarine gedacht. Ich möchte das unterstreichen.

Herr Präsident, ich danke Ihnen.

Mittwoch, 3. Dezember 1980

Tagesordnungspunkt:

Stand der europäischen Sicherheit

(Drucksache 858)

Berichterstatter: Abg. Brown

Kittelmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte dem Herrn Berichterstatter für seinen ausführlichen Bericht danken. Einige Dinge haben sich bereits aus den Vorreden ergeben, so daß ich mich auf einige Fakten beschränken und mich kurz fassen kann. Das wesentliche ist: Sind die Schlußfolgerungen des Berichts in den Abschnitten 1 und 6 logisch und zwingend, oder müssen sie berichtigt werden? Ob sich unsere Sicherheit verringert hat oder nicht, ist eine Frage des **Gleichgewichts**. Ob das Gleichgewicht gewahrt ist, ist keine Frage des Glaubens, sondern eine der realen Zahlen. Zwei und zwei ist vier, und wer beweisen zu können glaubt, daß eins und zwei vier ist, bemüht sich, wie es viele Kollegen in diesem Hause laufend verantworten zu können glauben, ideologisch zu erklären, daß unsere Sicherheit auch dann gesichert ist, wenn das Gleichgewicht verletzt ist.

Wir haben uns eben eine seltsame Logik angehört. Ein Kollege in diesem Hause sagte, wenn unser Gleichgewicht wirklich verletzt sei, wären die Sowjets schon in Paris; da sie noch nicht in Paris seien, sei unser Gleichgewicht auch nicht verletzt. Früher legten wir gemeinsam sehr starken Wert auf das Gleichgewicht, weil wir davon überzeugt waren, daß wir defensiv sind und deshalb sogar ein gewisses Übergewicht haben mußten.

Wir sollten aber nicht nur von Gleichgewicht sprechen. Wir sollten uns in diesem Haus keinen Sand in die Augen streuen, wir sollten aber auch der Öffentlichkeit, wenn wir unseren Auftrag ernst nehmen, keinen Sand in die Augen streuen, denn sie hört auf das, was wir hier sagen und was wir beschließen. Der NATO-Nachrüstungsbeschluß fußt auf der Erkenntnis, daß sich das Gleichgewicht negativ verändert hat, daß zumindest die Gefahr einer negativen Veränderung besteht. Wenn dies stimmt, wer vermag dann daran zu zweifeln, Herr Berichterstatter, daß Ihre Schlußfolgerungen in Ihrem Bericht falsch sind? Was soll eine falsche Schlußfolgerung bewirken? Den nationalen Parlamenten eine Entschuldigung liefern, den Verpflichtungen zu einer realen Steigerung der Verteidigungshaushalte nicht nachzukommen? Es ist unsere Aufgabe, gerade aus diesem Haus heraus zu helfen, daß die nationalen Parlamente ihren Verpflichtungen auf Grund der konkreten Gegebenheiten nachkommen. Deshalb, Herr Präsident, darf ich mit der herzlichen Bitte an den Berichterstatter abschließen, soweit sein Bericht Schlußfolgerungen zieht, die nicht immer richtig sind, diese Schlußfolgerungen zu verändern und den hier vorliegenden Änderungsanträgen zuzustimmen. Damit wäre uns allen in dieser Frage geholfen. — Schönen Dank.

Empfehlung 359

betr. den Stand der europäischen Sicherheit

Die Versammlung

stellt fest, daß das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West in den letzten beiden Jahrzehnten auf Grund der unverhältnismäßig hohen Bereitstellung technologischer Ressourcen für die Verteidigung in der Sowjetunion in vielen Bereichen in etwa eine ausgewogene Tendenz aufweist, daß aber die beunruhigend überlegene Konzentration sowjetischer Panzer und Divisionen an der Zentralfront weiterhin besteht;

stellt fest, daß die Art der sowjetischen Herausforderung nicht mehr ausschließlich eine militärische Bedrohung für Europa ist, sondern sich zu einem weltweiten Streben nach Einflußnahme entwickelt hat, das direkt oder mittels Stellvertreter durch den Einsatz militärischer Gewalt unterstützt wird;

bedauert den Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen dem Iran und dem Irak, stellt aber mit Genugtuung fest, daß ausländische Mächte von einer Einmischung Abstand genommen haben;

ist der Auffassung, daß sich der Zusammenhalt des Bündnisses trotz des Rückzugs Frankreichs aus der integrierten Militärstruktur in den letzten beiden Jahrzehnten gebessert hat, da die gemeinsame Planung verstärkt und die Konsultationen und der kollektive Entscheidungsprozeß verbessert wurden, bedauert jedoch die Unzulänglichkeit der Konsultationen der Bündnispartner in besonderen Fällen;

stellt fest, daß die Rüstungskontrollabkommen und die derzeitigen Verhandlungen den Umfang der Streitkräfte und Waffen zwar nicht verringert, aber doch zu einem besseren Verständnis des militärischen Gleichgewichts in bestimmten Bereichen beigetragen haben;

ist der Auffassung, daß die europäische Sicherheit nur im Rahmen des Atlantischen Bündnisses gewährleistet werden kann, und daß zu ihrer Erhaltung einerseits der Bewilligung ausreichender Mittel für die Verteidigung und andererseits der Fortsetzung von Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung ständig und gleichgewichtig Nachdruck verliehen werden muß;

empfiehlt dem Rat,

1. die Regierungen der Mitgliedstaaten eindringlich aufzufordern, den Vereinigten Staaten auf höchster Ebene klarzumachen, daß sie sich ständig bewußt sein müssen, daß alle Sicherheitsfragen alle Bündnispartner betreffen, und daß vorherige Konsultationen im Nordatlantikrat unbedingt erforderlich sind;
2. die Regierungen der Mitgliedstaaten nachdrücklich aufzufordern, ihren Beitrag zur Verteidigung des Bündnisses aufrechtzuerhalten und zu verbessern und besondere Vorkehrungen zu treffen, damit bestimmte amerikanische Ressourcen von Zeit zu Zeit für defensive Operationen außerhalb

des atlantischen Bereichs verwendet werden können;

3. die Regierungen der Mitgliedstaaten eindringlich zu ersuchen, im Nordatlantikrat dafür einzutreten, daß den Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen zur Verbesserung der Sicherheit und zur Reduzierung der Streitkräfte und Waffen nicht weniger Bedeutung beigemessen wird;
4. die Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, während der Konferenz in Madrid über das Mandat einer Konferenz über Abrüstung in Europa im Rahmen der KSZE zu verhandeln.

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Staatsministers im Außenministerium der Republik Frankreich,
Pierre Bernard-Redmond**

Tagesordnungspunkt:

Energie und Sicherheit

(Drucksache 856)

Berichterstatter: Abg. Flämig

Flämig (SPD): Herr Präsident, es hieße wohl Eulen nach Athen tragen, wollte man vor dieser Versammlung lange Ausführungen über die Notwendigkeit machen, unsere Sicherheit auch durch eine gesicherte **Energieversorgung** zu gewährleisten. „Weg vom importierten Öl“, heißt die Parole. Die Frage ist nur, wie. Es hat nicht an guten Reden gefehlt, und die Regierungen unserer Mitgliedstaaten haben auf Gipfelkonferenzen Beschlüsse gefaßt, an die sich aber leider kaum ein Land gehalten hat. In Venedig zum Beispiel sprachen sich unsere führenden Staatsmänner für eine neue Kohle- und Nuklearpolitik als einzige mittelfristige Lösung der Energiekrise aus. Von der Umsetzung dieser Beschlüsse in praktische Politik ist nur in einigen wenigen Ländern etwas zu spüren.

Deshalb, Herr Präsident, fordern wir nach sorgfältiger Beratung im Ausschuß für wissenschaftliche, technische und Weltraumfragen an erster Stelle aufeinander abgestimmte energiepolitische Maßnahmen und in Zusammenarbeit mit den USA, Kanada und Japan eine **globale Wirtschaftsstrategie** einschließlich der Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel.

Vor allem aber sehen wir die Notwendigkeit, aufeinander abgestimmte Planungen für eine größtmögliche Selbstversorgung mit Energie zu verwirklichen. Das bedeutet bessere Ausnutzung vorhandener Energien, das bedeutet wirksamere Energiesparmaßnahmen, das bedeutet aber vor allem Ersatz — soweit wie nur möglich — von Öl durch andere Ener-

giequellen, wie Kohle, Kernenergie und sich selbst erneuernde Energiequellen.

Was die **Kohle** anbelangt, so dürfte es zweckmäßig sein, die Empfehlungen des Coal Advisory Board der Internationalen Energie-Agentur zu verwirklichen. Allerdings sollte man sich darüber klar sein, daß mit Kohle allein das Öl nicht substituiert werden kann. Zum einen ist Kohle langfristig gesehen viel zu schade, um nur durch die Schornsteine gejagt zu werden, um Wärme zu erzeugen. Spätere Generationen, Herr Präsident, werden Kohle als wertvollen Rohstoff für die chemische und pharmazeutische Industrie noch sehr zu schätzen wissen. Zum andern dürfte Importkohle auf dem Weltmarkt rascher, als uns lieb sein kann, im Preise steigen und mehr und mehr in die Marktsituation des Rohöls hineinwachsen.

Deshalb machen wir besondere Vorschläge für die Produktion elektrischen Stroms. Strom mit Kohle und Öl herzustellen, mag in Ländern, die das Glück haben, über bedeutende Kohlelagerstätten zu verfügen, oder die auf riesigen Ölvorräten sitzen, eine naheliegende Lösung sein. Elegant ist sie nicht. Und sie kann auch sehr egoistisch sein, wenn man bedenkt, daß es sehr viele Länder gibt, die weder über Kohle noch über Öl verfügen.

Ganz abzulehnen ist die Verwendung von **Erdgas** für die Stromerzeugung. Erdgas als Edelenergie sollte wirklich den Haushaltungen und der chemischen Industrie vorbehalten bleiben.

Als Ausweg, Herr Präsident, empfehlen wir — und darin war sich der Ausschuß einig — die Verwendung von **Kernenergie** zur Stromerzeugung. Doch wir wissen, daß auch Uran nicht in Hülle und Fülle vorhanden ist. Deshalb schlagen wir den Mitgliedsregierungen vor, Maßnahmen zu ergreifen, die eine bessere Ausnutzung des Urans ermöglichen. Und da sehen wir als mittelfristig praktikable Lösung vor allem die Entwicklung des **Schnellen Brüters**, der das Uran etwa 50fach besser ausnutzt, und auch des **Hochkonverters**, der noch immer eine 8fach bessere Ausnutzung des Urans ermöglicht.

Nun hat man uns entgegengehalten, es sei doch eine Torheit, ein Reaktorsystem zu empfehlen, das noch nirgendwo kommerziell arbeite. Herr Präsident, die gleichen Leute aber empfehlen uns die Entwicklung der **Kernfusion** oder den Einsatz von **Windenergie** und die Umwandlung von **Sonnenlicht** in elektrischen Strom als Möglichkeiten der alternativen Stromerzeugung. Dabei haben wir doch nach Besuchen in Forschungszentren in den USA, in Frankreich und in der Bundesrepublik von Fachleuten übereinstimmend die Auskunft erhalten, die Fusionsenergie werde kaum vor dem Jahre 2020 technisch beherrschbar sein, von der Wirtschaftlichkeit ganz zu schweigen, und die Stromproduktion mit Wind- und Sonnenenergie könne zumindest in unseren Breiten nur wenige Prozent zum Bedarf beitragen.

Weswegen? Weil es technische Gründe gibt. Unter anderem wegen der unabänderlichen Tatsache, daß die Sonne nur tagsüber scheint, der Wind nicht ständig weht, Strom in größeren Mengen nicht speicherbar ist und im übrigen weil die Kernenergie der Er-

zeugung elektrischer Grundlast dient, also einer Stromproduktion, auch base load genannt, die Tag und Nacht, rund um die Uhr gewährleistet sein muß.

Der Schnelle Brüter ist in Frankreich, in Großbritannien und in der Sowjetunion jahrelang als Testreaktor erfolgreich gelaufen — in kleinerem Maßstab auch in Karlsruhe in der Bundesrepublik. Frankreich baut zur Zeit einen Schnellen Brüter, den sogenannten Super Phénix mit zirka 1200 Megawatt Leistung, also in kommerziellem Maßstab, weil der Phénix mit etwa 300 Megawatt seine Zuverlässigkeit gezeigt hat und weil zugleich auch seine Sicherheit unter Beweis gestellt wurde. Daher unser Vorschlag, mit Hilfe des Schnellen Brüters das Uran besser zu nutzen.

Zum Schluß, Herr Präsident, empfehlen wir neben diesen technischen Forderungen an unsere Mitgliedsregierungen aber auch eine eminent wichtige politische Maßnahme. Wir halten es für notwendig, sobald wie möglich eine Einigung darüber zu erzielen, wo die Grenzen des Imports von Energie und Rohstoffen aus den Ländern des östlichen Wirtschaftsblocks liegen, jenseits derer die Sicherheit unserer freien Wirtschaft, ganz zu schweigen von der militärischen Sicherheit, gefährdet ist. In diese Überlegungen müssen selbstverständlich auch die Seewege einbezogen werden, z. B. die Straße von Hormuz, deren Schließung katastrophale Folgen für die Sicherheit der Energieversorgung der freien Welt haben müßte.

Schließlich will ich noch eine kleine Korrektur an unserer Beschlußempfehlung anbringen, Herr Präsident.

Ich bitte, in Paragraph 4, Zeile 4 der Beschlußempfehlung die beiden Worte „oder Thorium“ zu streichen. Weder in Schnellen Brütern noch in Hochkonvertern, die weiter nichts als verbesserte Leichtwasserreaktoren sind, läßt sich nämlich Thorium verbrennen. Das geschieht in Hochtemperaturreaktoren, die wir bewußt in unserem Beschlußvorschlag nicht angesprochen haben.

Wir bitten um Annahme unserer Entschließung.

Dr. Müller (CDU/CSU): — Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorhin hat mich ein Kollege gefragt, was dieses Thema Energie eigentlich mit Sicherheit zu tun habe, ob das nicht eine Frage sei, die mit Verteidigungsproblemen gar nichts zu tun habe. Ich glaube, es ist eine der wichtigsten Fragen, denn wenn man keine Energie mehr hat, kann man sich auch nicht mehr verteidigen. Darüber hinaus kann es durchaus sein, daß der Streit um Energie zu Auseinandersetzungen führt, bei denen die Verteidigung eine ganz große Rolle spielt.

Wenn wir die gegenwärtige Situation betrachten, müssen wir uns darüber im klaren sein, daß wir in den Mitgliedsländer der Westeuropäischen Union alle Anstrengungen machen müssen, um den **Ölverbrauch** zu vermindern, nicht nur wegen unserer eigenen Zukunft — wir wissen, daß dieses Öl immer teurer wird, daß es eines Tages einmal ausgehen wird —, sondern auch aus einer internationalen Ver-

antwortung. Wir müssen aus der Verantwortung für die sogenannte Dritte Welt, die die steigenden Ölkosten nicht mehr tragen kann und die für ihre Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten diesen Rohstoff noch braucht, sparsam mit dem Öl umgehen.

Der Bericht des Kollegen Flämig nimmt zu den einzelnen Fragen, die in diesem Zusammenhang aufgeworfen sind, in vorzüglicher Weise Stellung. Dabei war für mich auffallend, daß einer der wichtigsten Punkte nur mit zwei Paragraphen vermerkt ist, nämlich mit der Überschrift „Konservierung von Öl“, man könnte besser sagen: „Einsparung von Öl“. Die größte Chance, die wir heute überhaupt haben, den Kampf gegen den steigenden Ölverbrauch zu gewinnen, liegt darin, verstärkte Anstrengungen im Bereich der Einsparungen zu machen. In meinem Lande wird immer noch der größte Teil des Erdöls zum Schornstein hinausgejagt, d. h. für Heizzwecke verwendet. Gerade in diesem Bereich könnte man über Dämmungsmaßnahmen an Gebäuden und z. B. den Einsatz von Fernwärme erhebliche Einsparungen erzielen.

Ich frage mich auch, warum sich eigentlich unsere Mitgliedsländer keine Gedanken darüber machen, in großem Ausmaße Programme aufzulegen, um derartige Wärmedämmungsmaßnahmen durchzuführen und zu finanzieren. Wir haben hohe Arbeitslosenzahlen in unseren Ländern. Es wäre viel vernünftiger, einen großen Teil dieser Menschen produktiv im Rahmen von Wärmedämmungsprogrammen einzusetzen, anstatt sie zum Kostgänger der Versicherungen zu machen. Es gibt eine Untersuchung des Prognos-Institutes in Basel, das für mein eigenes Land feststellt, daß man 40 % der Kosten für Wärmedämmungsprogramme dadurch finanzieren könnte, daß man in der gleichen Zeit Arbeitslosenunterstützung einspart.

Neue Energien, die auch erwähnt sind, werden uns nicht viel bringen. Sicher, auch ich bin für Solarenergie, für Windenergie, für Wärmepumpen, für Gezeitenenergie, wo immer es notwendig ist, sie einzusetzen, aber mehr als fünf, vielleicht maximal zehn Prozent unseres Energiebedarfs können hierdurch nicht gedeckt werden. Es bleiben also nur zwei andere Energieträger, die **Kohle** und die **Kernenergie**. Die Kohle ist auf Grund bestimmter Umstände nicht mehr in dem Maße einsetzbar, wie manche glauben. Die Ergebnisse der Weltklimakonferenz in Genf haben das deutlich gemacht. Das Absterben von Wäldern, auch fern von Kohlekraftwerken, weil Abgase der Kraftwerke über Tausende von Kilometern durch die Atmosphäre dorthin getragen werden, zeigt, welche Gefahren in der Nutzung der Kohleenergie liegen. CO₂ und SO₂-Emissionen sind gefährlich. Deswegen bleibt als vernünftiges Element — hier darf ich meinem Vorredner Dr. Miller ausdrücklich beipflichten — nur die Kernenergie. Wir sollten den Regierungen, etwa der französischen, die den Mut haben, den Einsatz dieser Energie voranzutreiben, ausdrücklich danken. Vielleicht müßten wir ein bißchen traurig über die Regierungen sein, die keinen Mut zur Zukunft dieser Energie haben. Nur wenn wir bereit sind, auch unseren Mitbürgern klarzumachen, welche Bedeutung die Kernenergie für

die Zukunft ihrer Länder hat — ich darf hier erwähnen, daß die „Neue Zürcher Zeitung“ im März dieses Jahres darauf verwiesen hat, daß in meinem eigenen Lande durch die fehlenden Entscheidungen für das nächste Jahrzehnt der deutschen Volkswirtschaft bereits Schäden in der Höhe von Hunderten von Milliarden D-Mark entstanden sind —, nur wenn wir auch das unseren Mitbürgern klarmachen, werden wir in der Lage sein, Sicherheit und Energie auch in der Zukunft zu gewährleisten.

Lassen Sie mich einen letzten Satz anfügen. Der letzte Punkt der Resolution, der davon ausgeht, daß es notwendig ist, einen **Notstandsplan** zu erarbeiten, wird von mir ausdrücklich unterstützt. Wir sitzen alle in einem Boot, wenn dieses Boot durch ein Leck Wasser bekommt, dann müssen wir alle gemeinsam schöpfen. Kein Mitgliedsland der WEU kann sich von solchen gemeinsamen Notstandsplänen für die Sicherung der Ölversorgung etwa durch die Straße von Hormuz ausschließen. Wir können nicht sagen: „Hole du für ein anderes Land die Kastanien aus dem Feuer!“ Wir sitzen alle — ich sage es noch einmal — in einem Boot.

Tagesordnungspunkt:

SALT und die britischen und französischen Nuklearstreitkräfte

(Drucksache 859)

Berichterstatter: Abg. Mommersteeg

Empfehlung 360

betr. SALT und die britischen und französischen Nuklearstreitkräfte

Die Versammlung

ist der Auffassung, daß die Frage der Rüstung und die Frage der Rüstungskontrolle und Abrüstung zwei Aspekte desselben Problems sind: der Sicherheit;

vermerkt, daß der Ausschuß für Verteidigungs- und Rüstungsfragen beabsichtigt, den SALT-Prozeß aufmerksam zu verfolgen und der Versammlung über dieses wichtige Thema regelmäßig Bericht zu erstatten;

erachtet den Zweifachbeschluß der Sondertagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO vom 12. Dezember 1979 als realistische Grundlage für Verhandlungen über Verringerungen der LRTNF mit der Sowjetunion;

stellt fest, daß die 572 amerikanischen Raketen, die ab 1983 disloziert werden sollen, auf Grund der einseitigen Verringerung um 1 000 Stück innerhalb der Grenzen des Plafonds liegen, der für die nuklearen Gefechtsköpfe der Vereinigten Staaten in Europa gilt, wohingegen die Sowjetunion gegenwärtig ihre

SS-20 Raketen mit einer Schnelligkeit disloziert, die ihr bis Ende 1981 den Besitz von 250 bis 300 Raketen mit 750 bis 900 Gefechtsköpfen ermöglicht;

begrüßt die Eröffnung bilateraler Vorgespräche über Verringerungen von LRTNF und ist der Auffassung, daß sie darauf abzielen sollten, im Rahmen des globalen strategischen nuklearen Gleichgewichts ein Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau herzustellen;

betont, daß die Nuklearstreitkräfte nur ein Teil, wenn auch ein sehr wichtiger Teil, der Abschreckung sind, und daß ausreichend konventionelle Streitkräfte ein ebenso wichtiger Teil sind;

erinnert daran, daß in der Erklärung von Ottawa im Jahre 1974 festgestellt wurde, daß die britischen und französischen Nuklearstreitkräfte „in der Lage“ sind, „selbst eine abschreckende Rolle zu spielen, die zur Verstärkung der Abschreckung des Bündnisses insgesamt beiträgt“, und stellt fest, daß — falls es keine Verringerung bei der konventionellen Verteidigung gibt — im Bündnis die Ansicht vertreten wird, daß unabhängige Entscheidungszentren die Verunsicherung der sowjetischen Planer verstärken, die ein wesentlicher Faktor der Abschreckung ist;

ist der Auffassung, daß SALT II sowohl für die NATO als auch für den Warschauer Pakt von Vorteil ist;

ist der Auffassung, daß es trotz einer unvermeidlichen Wechselwirkung zwischen den sowjetischen Aktionen und den in vielen Foren stattfindenden Rüstungskontrollverhandlungen keine formelle Verbindung zu besonderen Übereinkommen geben sollte, wenn diese für beide Seiten von Vorteil sind;

erinnert an Absatz B. 2 der Empfehlung 346, in der die Regierungen der Mitgliedstaaten aufgefordert werden, ihren Parlamenten jährlich Berichte über die Auswirkungen aller neuen Verteidigungsaustrüstungsprogramme auf die Rüstungskontrolle vorzulegen;

empfiehlt dem Rat,

die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, den Nordatlantikat eindringlich zu ersuchen:

1. auf der Einhaltung der in SALT II vereinbarten Grenzen und der möglichst baldigen Wiederaufnahme des SALT-Prozesses zu beharren;
2. zu empfehlen, daß Modernisierungspläne für die britischen und französischen Nuklearstreitkräfte nicht zur Abzweigung von Mitteln führen, die für die konventionelle Verteidigung bestimmt sind;
3. die Regierungen der NATO-Länder aufzufordern, zusammen mit ihren nationalen Parlamenten folgende Möglichkeiten zu prüfen:
 - a) sowohl national als auch im Rahmen der NATO die Methoden für eine Koppelung der Rüstung und Rüstungskontrolle mit der Sicherheitsplanung zu verbessern;

- b) Vorkehrungen zu treffen, um das Parlament gegebenenfalls auf vertraulicher Basis über diese beiden Aspekte der Sicherheitsplanung und über die Fortschritte der Rüstungskontrollverhandlungen ständig zu informieren und zu konsultieren.

Tagesordnungspunkt:

Wahl des Greffiers der Versammlung

Abg. Dr. Spies von Büllesheim und andere brachten einen Antrag auf Vertagung der Wahl ein.

Dr. Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich ausdrücklich um Entschuldigung dafür bitten, daß wir diesen Änderungsantrag erst heute morgen eingebracht haben und daß er deswegen, wie wir gerade gehört haben, vom Präsidium auch nur als Verfahrensantrag behandelt werden kann. Wer aber den Ablauf unserer Versammlungen kennt — wir treffen uns hier am Montag, wir sprechen innerhalb unserer politischen Gruppen, wir sprechen innerhalb unserer nationalen Gruppen, wir sprechen mit unseren Regierungen —, der weiß, daß gewisse Dinge erst während der Versammlungstage in Fluß geraten und daß daher immer die Gefahr besteht, daß solche Anträge relativ spät kommen. Ich bitte also um Entschuldigung.

Zweitens möchte ich hier ausdrücklich hervorheben —, und das werden Sie schon an der Liste der Unterzeichner sehen —, daß es sich hier nicht um den Antrag einer politischen Gruppe und auch nicht um den Antrag einer Nation handelt und daß sich dieser Antrag — das möchte ich besonders betonen — vor allem auch nicht gegen oder für einen Bewerber ausspricht und sich auch nicht gegen einen Bewerber richtet. Vielmehr ist dieser Antrag einfach Ausdruck eines gewissen Unbehagens, das viele Mitglieder dieser Versammlung deswegen haben, weil sie eine so bedeutsame Frage so schnell entscheiden sollen, ohne auf bestimmte Fragen, wie zum Beispiel die Frage nach der Dauer der Anstellung, die Frage nach den Anstellungsbedingungen, die Frage des Stellvertreters etc. eine ausreichende Antwort bekommen zu haben. Eine Reihe von Fragen, die von einzelnen Mitgliedern dieser Versammlung gestellt wurden, konnten offenbar im Präsidialkomitee nicht mehr erörtert werden.

Mir geht es — und das gilt wohl für die meisten Unterzeichner — vor allem um die **Dauer der Anstellung**. In anderen europäischen Institutionen — als Beispiel nenne ich jetzt nur den Europarat; ich könnte aber auch die OECD und andere Organisationen anführen — ist es absolut unüblich, den Inhaber einer so bedeutsamen Stellung lebenslänglich anzustellen. Das ist zwar hier so gewesen. Aber wir haben in dieser langen Zeit bisher auch nur einen Kanzler, und zwar einen sehr guten Kanzler gehabt, und ich glaube, es ist einfach prinzipiell richtig, daß sich jeder Amtsinhaber innerhalb von vier oder fünf Jah-

ren bewähren und sich dann neu zur Wahl stellen muß.

Wir alle sind Parlamentarier, meine Damen und Herren. Wir alle müssen uns nach vier oder fünf Jahren wieder dem Votum unserer Wähler stellen, und ich meine, es ist nicht gerechtfertigt, daß sich ein verantwortlicher Beamter dieser Versammlung dieser Wahl nach vier oder fünf Jahren nicht stellen muß. Wenn das bisher nicht üblich war, so müssen wir diese Änderung, meine ich, einführen. Jeder Parlamentarier wird dafür Verständnis haben; wir alle sind in dieser Situation.

Ich habe nur fünf Minuten Zeit. Deswegen will ich zu den anderen Fragen, die in dem Antrag angesprochen werden — terms of employment etc. — hier nicht Stellung nehmen. Dazu fehlt mir die Zeit. Ich möchte aber noch eines hinzufügen. Die meisten Bewerber, die sich um diese Position beworben haben, sind Beamte ihrer nationalen Regierungen. Sie fallen also, wenn sie später einmal nicht wiedergewählt werden sollten, nicht wie sehr oft wir Parlamentarier in ein Nichts zurück, sondern sie kehren in ihre nationale Amtsstellung zurück. Um so mehr ist es gerechtfertigt, daß sie sich nach fünf Jahren wieder der Wahl stellen müssen. Jeder von uns weiß, daß die Tatsache, daß man sich einer solchen Wahl stellen muß, auch ein Ansporn zur Leistung ist. Das gilt für uns, und das sollte auch für diesen unseren Beamten gelten.

Das einzige Argument gegen diesen Antrag ist das Verfahrensargument, nämlich das Argument: Ihr könnt nicht fünf Minuten oder 50 Minuten oder eine Stunde vorher mit diesem Antrag kommen. Meine Damen und Herren, ich habe soeben schon gesagt: es ist nun mal so, wir treffen uns nur zweimal im Jahr für vier bis fünf Tage. Wie soll sich denn das einzelne Mitglied oder wie sollen sich die vielen einzelnen Mitglieder der Versammlung mit ihren Wünschen, mit ihren Bedenken artikulieren, wie sollen sie das am Montagmorgen bei der Festsetzung der Tagesordnung schon alles wissen? Das ist einfach nicht möglich. Wir unterhalten uns zweimal im Jahr vier bis fünf Tage, und dann ergibt sich daraus etwas. Ich halte also dieses Verfahrensargument nicht für durchschlagend. Das würde bedeuten, daß viele einzelne Mitglieder dieser Versammlung ihre Wünsche überhaupt nicht mehr zur Geltung bringen könnten. Denn das ist vielfach nur dadurch möglich, daß sie einen Vertragsantrag stellen.

Ich bitte darum, diesen Antrag vorbehaltlos zu prüfen und ihm möglichst die Zustimmung zu geben. Es gilt doch hier wie überall der Grundsatz: Besser spät als überhaupt nicht. Wenn die Mehrzahl der Mitglieder dieses Hauses der Meinung ist, daß wir insbesondere im Hinblick auf die Dauer der Anstellung noch einmal Überlegungen anstellen sollten, sollte sie diesem Vertragsantrag zustimmen.

Ich glaube, es gibt auch keine praktische Schwierigkeit. Wir haben in Herrn Moulias schon bisher einen Stellvertreter, der die Stellvertretung gut wahrgenommen hat, und ich sehe keinen Grund, warum Herr Moulias die Geschäfte nicht noch ein weiteres halbes Jahres kommissarisch führen sollte, wie er es schon so oft getan hat.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Im ersten Wahlgang kandidierten in alphabetischer Reihenfolge: Herr Gerhard Huigens (Niederlande), Herr Georges Moulias (Frankreich), Herr Jürgen Nehring (Bundesrepublik Deutschland), Herr Elio Rogati (Italien) und Herr Stuart White (Großbritannien)

Im zweiten Wahlgang erhielt Herr Georges Moulias die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Außenministers
des Königreichs der Niederlande,
Dr. Christoph van der Klauuw**

Tagesordnungspunkt:

**Die politischen Folgewirkungen
der sowjetischen Intervention
in Afghanistan für Europa**

(Drucksache 855)

Berichterstatter: Abg. Hardy

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Auch wenn es gelegentlich als eine Floskel aufgefaßt werden mag, daß ein Redner in der Debatte zuerst dem Berichterstatter für seine Arbeit dankt, möchte ich dies heute ausdrücklich tun. Ich möchte es vor allem deswegen tun, weil wir verschiedenen politischen Strömungen angehören und ich der Überzeugung bin, daß der Berichterstatter das widergegeben hat, was in der Debatte des Politischen Ausschusses eine Rolle gespielt hat. Er hat sich hier in einer Art geäußert, die zumindest ich ausdrücklich begrüßen möchte. Er hat davon gesprochen, daß es in der schwierigen Weltlage, in der wir uns heute befinden, darauf ankommt, daß wir bei unseren Äußerungen hier in der Versammlung der Westeuropäischen Union das richtige Maß finden, uns angemessen verhalten, also nicht etwa übertreiben und Forderungen stellen, die wir dann vielleicht nicht einklagen können, daß wir auf der anderen Seite aber auch nicht der Gefahr erliegen, die Dinge nicht zu sehen, sie zur Seite zu schieben und das, was unangenehm ist, unter den Teppich zu kehren. Vielmehr müssen wir die politische Lage offen und ehrlich analysieren.

Es gibt keinen Zweifel, liebe Kollegen, daß sich die Weltlage seit einem Jahr — so lange ist es her — durch die Invasion sowjetischer Truppen in Afghanistan ganz entscheidend verändert hat, und zwar nicht zum Besseren, sondern zum Schlechteren. Ich betrachte die Invasion sowjetischer Truppen in Afghanistan übrigens als ein Ereignis, das eigentlich in das 19. und nicht in das 20. Jahrhundert gehört. Ich habe das Empfinden, daß das, was die Herren im Kreml hier zu verantworten haben, klassische Kolo-

nialpolitik des 19. Jahrhunderts ist, eine Politik, die in diesem Jahrhundert längst überwunden wurde, die uns aber auch aufzeigt, daß in den ganzen Diskussionen über den Kolonialismus die Realitäten oft nicht mehr wirklich gesehen werden. Während der Kolonialismus anderer europäischer Mächte des 19. Jahrhunderts in diesem Jahrhundert endgültig beseitigt wurde, hat man die kolonialistische Politik im Bereich der Sowjetunion fortgesetzt, das heißt, man hat das fortgesetzt, was vom zaristischen Rußland betrieben worden war. Natürlich haben das zaristische Rußland und die Sowjetunion hier gegenüber den anderen europäischen Kolonialmächten des 19. Jahrhunderts einen entscheidenden Vorteil, nämlich den, daß die Gebiete, die das zaristische Rußland erobert hat, in das eigentliche russische Reich einverleibt worden sind, da sie nicht fernab liegen, sondern ein Bestandteil des Reiches und damit auch der Sowjetunion geworden sind.

Seitdem im Jahre 1579 die russische Kolonialpolitik zum erstenmal den Ural überschritten hat, waren die Ziele dieser Politik klar. 1864 wurde Turkestan erobert, zuletzt, 1884, Merw.

Es war immer ihr Ziel, auch das südlich gelegene Afghanistan in den russischen Einflußbereich zu bekommen und es anzugliedern. Daß es bis in das zwanzigste Jahrhundert, bis zum Jahre 1979 bzw. 1980 gedauert hat, diese Politik zu verwirklichen, zeigt, daß die alten Ziele gleich geblieben sind und daß trotz einer allgemeinen Veränderung der Weltpolitik die Sowjetunion offensichtlich das fortführt, was das zaristische Rußland in der Vergangenheit getan hat.

Wir bedauern diese Entwicklung, wir bedauern sie vor allem deswegen, weil wir daran interessiert sein müssen, im Nord-Süd-Konflikt die Probleme des Südens, der früheren Kolonien, zu erkennen und uns mit ihnen auseinanderzusetzen. Hier ist die sowjetische Politik nicht hilfreich. Sie trägt dazu bei, daß die Aufrüstung allgemein gesteigert wird. Die Rüstungsausgaben vor allem im Bereich des Ostblocks steigen, Mittel für Entwicklungshilfe stehen nicht zur Verfügung. Durch diese Politik werden neue Konflikte geschaffen.

Wie man die Rolle Afghanistans bereits im neunzehnten Jahrhundert beurteilt hat und mit welchem Freiheitsgeist man im neunzehnten Jahrhundert bereits in Afghanistan um die Freiheit gekämpft hat — damals übrigens gegen russische und britische Kolonialisierungsversuche —, zeigen die Auseinandersetzungen, die damals geführt wurden und die für den Eroberer immer negativ ausgegangen sind. Ein großer deutscher Dichter, Theodor Fontane, hat ein Gedicht geschrieben, das die Überschrift trägt: „Das Trauerspiel von Afghanistan“. Im letzten Vers dieses Gedichtes heißt es:

„Die hören sollen, die hören nicht mehr,
vernichtet ist das ganze Heer.

Mit 13 000 der Zug begann,
einer kam heim aus Afghanistan.“

Er beschrieb die Niederlage eines Invasionsheeres.

Die Überschrift „Das Trauerspiel von Afghanistan“ sagt das aus, was wir heute über die Ereignisse in

diesem asiatischen Land sagen müssen. Ich glaube, wir, die wir das demokratische Europa und die demokratischen Traditionen verkörpern, haben die Pflicht und die Schuldigkeit, uns angemessen, wie es der Kollege Hardy sagte, zu äußern, nicht zu schwach und nicht zu stark, aber deutlich im Rahmen einer Politik, die den Kolonialismus verdammt, die Freiheit verteidigt und die Unabhängigkeit der Völker befürwortet.

In diesem Sinne sollen wir den Bericht und die Entschließung unterstützen. Ich glaube, er kann dazu beitragen, die Probleme so deutlich auszusprechen, wie sie ausgesprochen werden müssen.

Dr. Holtz (SPD): Liebe Kollegin! Meine sehr verehrten Kollegen! Ich möchte dem griechischen Kollegen nur sagen, daß die Bundesrepublik freundschaftliche Beziehungen zu Griechenland unterhält, besonders aktiv auch den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft unterstützt hat und auch weiterhin fördern wird. Frau Staatsminister Hamm-Brücher hat gestern vormittag hier klar gemacht, daß unsere im Augenblick überproportional angewachsene Hilfe für die Türkei auch als eine Implikation auf die Ereignisse um Afghanistan zurückzuführen ist. Ich füge hinzu, und zwar auch als Mitglied des Europarates, der ja die Menschenrechtskonvention sehr ernst nimmt, daß wir hoffen, daß die Türkei so rasch wie möglich wieder zur Demokratie zurückkehrt. Ich habe selbst als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Entwicklungspolitik in Bonn zur Entwicklungshilfe an die Türkei gesagt, daß wir erwarten, daß diese Hilfe zivilen Projekten zugute kommt, daß sie der Bevölkerung, besonders den ärmsten Schichten zugute kommt und daß in Zukunft keine Menschenrechtsverletzungen mehr stattfinden.

Herr Präsident, der Bericht des Kollegen Hardy bietet eine gute Grundlage für unsere Beratungen am heutigen Nachmittag. Meine Freunde und ich stimmen dem Empfehlungsentwurf im wesentlichen zu. Bei Punkt 10, der die ins Auge gefaßte **Militärhilfe** für die afghanische Widerstandsbewegung betrifft, haben wir gewisse Bedenken. Wir stimmen dem Empfehlungsentwurf im wesentlichen zu, besonders deshalb, weil er eine deutliche Sprache spricht, etwa wenn in Punkt 1 gesagt wird, daß dieser Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan eine inakzeptable Verletzung des internationalen Rechts und der Menschenrechte darstellt und daß wir den Rückzug der Truppen fordern. Unsere Sympathie, unsere Unterstützung gehört dem afghanischen Volk. Wir sind zur **politischen, zur moralischen, zur humanitären Hilfe** bereit, und zwar für alle, die gegen diese Intervention angehen.

Ich möchte auch kurz darauf verweisen, daß mit dieser bewaffneten Intervention nicht nur die Ost-West-Spannungen wesentlich verstärkt worden sind, daß sie nicht nur eine Verletzung des Völkerrechts, eine Verletzung der KSZE-Schlußakte bedeutet, sondern daß die Sowjetunion auch ihrem eigenen Plan einer **Konferenz über Sicherheit in Asien** damit den Boden entzogen hat.

Boris Meissmer, Professor für Ostrecht an der Universität Köln, hat deutlich gemacht, daß in Art. 8 des

Kooperationsvertrages mit Afghanistan das gemeinsame Ziel des weiteren Ausbaus der Zusammenarbeit zwischen den asiatischen Staaten und der Schaffung eines effektiven Sicherheitssystems in Asien ausdrücklich gefordert wurde. Mit der Intervention hat die Sowjetunion gegen die im Afghanistan-Vertrag enthaltenen Verpflichtungen zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Asien und der ganzen Welt, wie es in der Präambel steht, und zur Vertiefung des Prozesses der internationalen Entspannung, zu deren Ausdehnung auf alle Gebiete der Welt einschließlich Asiens — Artikel 7 — verstoßen. Wir sehen dies auch als einen Grund dafür an, daß die Länder Asiens und der Dritten Welt zum zweitenmal in den Vereinten Nationen einer Verurteilung der Sowjetunion zugestimmt haben. Ich habe den englischen Text dieser Resolution, die in den Vereinten Nationen am 20. November verabschiedet worden ist, vorliegen. Darin gibt es zwei Schlüsselbegriffe neben der Forderung nach Abzug der Truppen, einmal, daß sich alle Staaten, auch die internationalen Organisationen und die islamischen Organisationen, darum bemühen sollten, eine politische Lösung durchzusetzen, und für eine friedliche Lösung eintreten sollten. In dieser Resolution steht auch, daß man sich ein weiteres Mal damit beschäftigen wird. Afghanistan ist nicht mit einer Resolution abgehakt, sondern auf der 36. Session, also im nächsten Jahr, werden die Länder der Dritten Welt sie wieder einbringen.

Unsere Bedenken, Herr Präsident, möchte ich in vier Punkten zusammenfassen.

Erstens. Die sowjetische Argumentation, Afghanistan gegen Einmischung von außen Hilfe zu leisten, würde gestärkt, wenn man dem Punkt 10 zustimmte.

Zweitens. Der breite Konsens, der sich in den Vereinten Nationen gegen die sowjetische Besetzung und für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan gefunden hat, könnte zerfallen.

Drittens. Die Verhandlungsaussichten zur Beilegung des Konflikts würden geschwächt, wenn nicht sogar zerstört.

Viertens. Die Bundesrepublik hat sich aus historischen Gründen, wegen ihrer Schuld am zweiten Weltkrieg, klaren Waffenkontrollbestimmungen, und zwar auch restriktiven Exportbestimmungen im Militärbereich verschrieben, wonach sie nicht Waffen in Spannungsgebiete liefern will. Ich bitte um Verständnis dafür, daß wir dies auch hier in der WEU sehr deutlich sagen. Wir nehmen die WEU sehr ernst. Die SWAPO hat an unsere Türen geklopft und um militärische Unterstützung gebeten, ebenso die FRELIMO. Jedesmal haben wir auch aus diesen Gründen nein gesagt. Deswegen bitte ich zu verstehen, daß wir Ja zur moralischen, zur politischen, zur humanitären Hilfe sagen, aber diesen Schritt nicht mit vollziehen können.

Ich empfehle, dem Vorschlag von Herrn Dejardin zu folgen, der einen Änderungsantrag zu diesem Punkt 10 eingebracht hat, in dem die humanitäre Hilfe noch deutlicher ausgeführt wird. Andernfalls würden sich einige von uns enthalten. — Danke schön.

Abg. Dr. Geßner unterstützte einen Änderungsantrag des belgischen Abg. Dejardin, der den Absatz 10 des Empfehlungsentwurfs durch folgenden Wortlaut ersetzen sollte:

„unterstützt eine größere humanitäre Hilfe für das afghanische Volk, insbesondere medizinische Unterstützung sowie Nahrungsmittel- und Kleiderhilfe, sowohl für die Flüchtlinge wie auch im afghanischen Staatsgebiet.“

Dr. Geßner (SPD): Herr Präsident, ich möchte die Debatte gewiß nicht unnötig verlängern. Aber ich muß noch einmal an das erinnern, was mein Kollege Holtz gesagt hat. In der Bundesrepublik gibt es bestimmte gesetzliche Vorschriften, die den Waffenexport unter außerordentlich scharfe Kautelen stellen. An diese werden wir uns halten müssen.

Ungeachtet dessen sind wir natürlich dafür, daß humanitäre Hilfe geleistet wird.

Ich bitte, ein bißchen mit daran zu denken, daß der seinerzeitige Beschluß des Deutschen Bundestages, hier gewisse gesetzliche Regelungen zu treffen, natürlich auch mit der deutschen Geschichte zu tun hat. Ich bitte das zu verstehen.

Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Abg. Frau von Bothmer gab folgende Erklärung zur Stimmabgabe ab.

Frau von Bothmer (SPD): Ich habe mit nein gestimmt, und ich will erklären, warum ich mit nein gestimmt habe. Es tut mir leid, ich hätte den Bericht meines Kollegen Hardy gern unterstützt, weil er mir im allgemeinen gefällt. Aber ich habe das schreckliche Gefühl, daß die Mehrzahl der Kollegen hier allmählich in eine politische Stimmung gekommen ist, die es ihnen unmöglich macht, politisch abzuwägen. Sie reden tatsächlich der militärischen Gewalt das Wort.

— Ja, Sie sind begeistert, wenn Sie sagen: Wir wollen hart auftreten.

Ich kann das so nicht mitmachen. Wir haben bisher sonst nie so entschieden. Ich bin dafür, daß wir versuchen, politisch zu entscheiden und politisch zu handeln, solange wir können. — Danke schön.

Empfehlung 361

betr. die politischen Folgewirkungen der sowjetischen Intervention in Afghanistan für Europa

Die Versammlung

vertritt die Ansicht, daß die Invasion Afghanistans eine Herausforderung an das Völkerrecht und eine Verletzung der Schlußakte der Konferenz von Helsinki, insbesondere der Absätze II und VIII der Prinzipienklärung, darstellt;

vertritt die Ansicht, daß die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa die Achtung der Menschenrechte innerhalb aller Teilnehmerstaaten der Kon-

ferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erfordern;

ist daher der Auffassung, daß die Überprüfungen, die während der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vorgenommen werden sollen, und die Beschlüsse, die diese Konferenz fassen wird, die Bereiche Sicherheit, wirtschaftliche Zusammenarbeit und auf Einzelpersonen bezogene Garantien in gleichem Maße berücksichtigen müssen;

vertritt ferner die Ansicht, daß das Gleichgewicht der Kräfte, das den Frieden in Europa sicherstellt, durch die Überlegenheit bedroht ist, die die Sowjetunion sowohl bei den konventionellen Streitkräften als auch bei den kontinentalen Nuklearwaffen (LRTNF) erreicht hat, daß die Rüstungsbegrenzung und die Verminderung der Streitkräfte und Waffen, sofern sie zur Wiederherstellung des Gleichgewichts beitragen, noch immer ein wesentliches Mittel zur Gewährleistung der Sicherheit Europas sind und daß realistische Vorschläge verschiedener Länder über die Begrenzung oder Verminderung der Streitkräfte und Waffen oder über vertrauensbildende Maßnahmen, in den kommenden Jahren in diesem Bereich bedeutsame Fortschritte ermöglichen müßten;

vertritt die Ansicht, daß die Verwirklichung des Rechts des afghanischen Volkes auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und territoriale Integrität ein grundlegendes Ziel bleibt, dem der Westen in seinen Beziehungen zur Sowjetunion Priorität verleihen muß,

empfiehlt dem Rat,

1. Die Regierungen der Mitgliedstaaten an die Notwendigkeit zu erinnern, nachdrücklich zu betonen, daß die Präsenz sowjetischer Truppen in Afghanistan eine ständige unannehmbare Verletzung des Völkerrechts und der Menschenrechte darstellt, und den Abzug dieser Truppen zu fordern;
2. die Entwicklungen während der KSZE-Folgekonferenz in Madrid aufmerksam zu verfolgen und enge Beratungen zwischen seinen Mitgliedern sicherzustellen, damit bei jedem einzelnen Punkt der Tagesordnung wesentliche Fortschritte von vergleichbarer Bedeutung erzielt werden;
3. alle KSZE-Teilnehmer dringend aufzufordern, die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki uneingeschränkt anzuwenden;
4. sich darum zu bemühen, daß die spätere Veranstaltung einer Konferenz über Abrüstung in Europa ohne ernsthafte Verzögerung erfolgt;
5. gleichzeitig den Verlauf der MBFR-Gespräche weiter zu verfolgen und die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens sowie die Einleitung von Verhandlungen über ein SALT-III-Abkommen mit dem Ziel zu unterstützen, eine echte Parität der Streitkräfte und Waffen in Europa und ein globales nukleares Gleichgewicht zu erreichen;

6. die Regierungen der Mitgliedsländer aufzufordern, die Verpflichtungen, die sie insbesondere im Rahmen der NATO eingegangen sind, einzuhalten, um das westliche Verteidigungspotential in Europa sowohl im konventionellen als auch im nuklearen Bereich zu verbessern, falls im Hinblick auf die Abrüstung kein Fortschritt erzielt werden sollte;
7. die Hilfeleistungen der EWG an Jugoslawien fortzusetzen und zu intensivieren;
8. die Verwirklichung der Vereinbarungen, die im September 1980 zwischen dem polnischen Staat und den streikenden Arbeitern getroffen wurden, durch eine Wirtschafts- und Nahrungsmittelhilfe an Polen zu unterstützen;
9. die im Rahmen der Konsultationen zwischen den Neun unternommenen Bemühungen fortzusetzen, um die Schaffung eines gerechten Friedens im Nahen Osten zu fördern;
10. jede mögliche Finanzhilfe und gegebenenfalls die Lieferung militärischer Ausrüstung an die afghanischen Widerstandsbewegungen vorzusehen, bis die UdSSR ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über den Rückzug ihrer Truppen aus Afghanistan zeigt;
11. sich zusammen mit allen waffenexportierenden Ländern darum zu bemühen, die Lieferung von Rüstungsgütern in den Grenzen der von Mitgliedstaaten in der Charta der Vereinten Nationen eingegangenen Verpflichtungen zu halten;
12. seine Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um die Straße von Hormus für die Schifffahrt offenzuhalten;
13. sich dafür einzusetzen, den Konflikt zwischen dem Iran und dem Irak einzugrenzen, einen Waffenstillstand zu erreichen und sich um die Bedingungen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen diesen beiden Ländern zu bemühen;
14. weiterhin die Bemühungen der Vereinigten Staaten um die Freilassung der als Geiseln in Teheran festgehaltenen amerikanischen Diplomaten zu unterstützen.

Tagesordnungspunkt:

Polen und die europäische Sicherheit

(Drucksache 866)

Berichterstatte: Abg. de Poi

Abg. Dr. Geßner begründete die von ihm eingebrachten Änderungsanträge Nr. 2, Nr. 3 und Nr. 4 im Zusammenhang wie folgt:

Dr. Geßner (SPD): Herr Präsident, ich möchte von der Gelegenheit Gebrauch machen, alle drei Anträge im Zusammenhang zu begründen.

Zunächst einmal liegt mir daran, zu sagen, daß ich keine inhaltlichen Bedenken gegen den Absatz 2 habe. Ich habe allerdings gewisse Befürchtungen, wenn dieser Absatz zu der Entwicklung in Polen in Beziehung gebracht wird, die wir ja jetzt behandeln. Ich glaube nicht, daß wir uns einen Gefallen tun, wenn wir eine Beziehung zwischen den Ereignissen in der Tschechoslowakei 1968 und Polen herstellen. Denn wir müssen uns doch darüber im klaren sein, daß wir, wenn wir dies tun, im Grunde genommen die Öffentlichkeit in Westeuropa psychologisch auf einen Schritt vorbereiten, den wir natürlich nie wollen dürfen, den wir verurteilen. Es geht um das Thema Intervention der Sowjetunion in Polen. Ich glaube, es ist sehr gefährlich, wenn wir dieses Thema immer wieder in die westeuropäische Öffentlichkeit einführen. Denn damit mobilisieren wir meiner Überzeugung nach die Öffentlichkeit nicht etwa in dem von uns gewollten Sinn, sondern wir gewöhnen sie dadurch allmählich an den Gedanken, daß die Sowjetunion eines Tages in Polen intervenieren könnte. Und dies halte ich für eine außerordentlich schlimme und gefährliche Sache. Diejenigen, die vorhaben, eines Tages möglicherweise mit Waffengewalt in Polen einzugreifen, müssen dieses Geschäft schon allein besorgen. Es gibt nicht den geringsten Grund für uns, ihnen dabei in irgendeiner Weise behilflich zu sein.

Deswegen — so gut dies alles gemeint sein mag; ich verstehe das ja durchaus — möchte ich Sie doch sehr herzlich bitten, den Absatz 2 zu streichen. Ich wiederhole: ich habe keine Bedenken gegen den Inhalt an sich. Ich glaube auch, daß wir genügend Gelegenheit haben werden, an anderer Stelle, in anderen Resolutionen wieder zu den tragischen Ereignissen in der Tschechoslowakei Stellung nehmen zu können. Aber ich möchte Sie sehr herzlich bitten, diesen Absatz, weil er im Zusammenhang mit Polen steht, aus den von mir dargelegten Gründen zu streichen.

Vielleicht noch ein Wort, das ein bißchen verständlicher macht, was ich meine. Der Aufschrei in der Welt gegen den Einmarsch in Afghanistan ist ja nicht nur wegen des Ereignisses an sich — natürlich auch ganz dramatisch deswegen, das wissen wir alle — erfolgt, sondern auch deswegen, weil dieser Einmarsch überraschend gekommen ist. Es gab keinerlei große Vorwarnungen. Wenn Sie das einmal mitberücksichtigen und in Beziehung zu dem setzen, was ich vorher ausgeführt habe — daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, die westeuropäische Öffentlichkeit psychologisch auf irgendwelche Interventionsschritte der Sowjetunion vorzubereiten —, dann werden Sie verstehen, daß es meiner Meinung nach vernünftiger ist, den Absatz 2 zu streichen.

Ich komme nun zu dem zweiten Antrag, den ich gestellt habe. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, hier geht es darum, deutlich zu machen, daß wir uns in **Solidarität zum Europäischen Rat** befinden. Wir sollten alles verhindern, was als Dissens zwischen Westeuropäischer Union und Europäischem Rat ausgelegt werden könnte.

Gerade weil es hier um einen Vorgang geht, der außerordentlich — das kann man doch wohl sagen

— risikoreich ist, sollten wir demonstrieren, daß wir uns solidarisch verhalten, daß wir uns gemeinsam für eine gute und vernünftige Entwicklung in Polen einsetzen. Daher wäre es nur folgerichtig, wenn wir uns auf das beschränken würden, was der Europäische Rat gestern beschlossen hat. Ich glaube, das ist etwas, was wir ohne weiteres annehmen können. Wenn Sie sich die Erklärung ansehen, so glaube ich nicht, daß es auch nur ein einziges Wort gibt, dem Sie nicht Ihre Zustimmung geben könnten. Wenn das aber so ist, ist es auch angebracht, daß wir die Erklärung des Europäischen Rats zumindest allgemein in unsere Beschlüsse einfließen lassen.

Ich komme zum dritten Punkt. Ich glaube, daß wir nicht gut beraten sind, wenn wir ständig, wie wir dies hier getan haben, von der **Intervention**, durch die Sowjetunion, sprechen. Einmal, glaube ich, liegt es in unserem Interesse, daß nicht noch Öl ins Feuer gegossen wird. Dies darf nicht sein. Wenn wir das tun, widerspricht das auch den Interessen, die wir verfolgen. Uns kann an gewaltsamen Ereignissen in Polen überhaupt nicht gelegen sein. Ich komme noch einmal auf das zurück, was ich eben beim ersten Antrag erklärt habe: Ich halte es nicht für gut, wenn wir die Öffentlichkeit in unseren Ländern durch die fortgesetzte Betonung der Möglichkeit einer bewaffneten Intervention psychologisch auf diese Intervention vorbereiten. Dies ist etwas, was diejenigen besorgen müssen, die innerhalb des sowjetischen Systems mit der psychologischen Kriegführung betraut sind. Das ist nicht unseres Amtes.

Deswegen möchte ich Sie bitten, diese Änderungen in der von mir vorgeschlagenen Fassung zu unterstützen. Schließlich müssen wir auch davon ausgehen, daß es Entwicklungen geben kann, die uns zu Beratungen veranlassen könnten — Entwicklungen, die nicht unbedingt militärische Interventionen zu sein brauchen. Ich möchte also die Möglichkeit offenhalten, daß wir uns zu jedem von uns als vernünftig erachteten Zeitpunkt mit diesem Thema befassen können. Deswegen möchte ich Sie bitten, dem Antrag ebenfalls Ihre Zustimmung zu geben. — Herzlichen Dank!

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich fasse mich wie immer sehr kurz. Wir haben eine Situation in Polen, vor allem an der polnischen Grenze erreicht, von der ich fürchte, daß zu ihr ein entsprechendes Wort dieser Versammlung notwendig wird.

Die jüngsten Informationen lauten, daß die drei westlichen Militärmissionen, die in Potsdam stationiert sind, neuerdings nicht mehr in dem Gebiet an der Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen auftreten können, weil dort angeblich Manöver stattfinden.

Der **Europäische Rat** hat daraus Konsequenzen gezogen. Er hat alle Signatarstaaten des Helsinki-Abkommens aufgefordert, sich an die Abmachungen zu halten, und er hat zugleich die Sympathie für das polnische Volk in dieser Erklärung verdeutlicht. Ich glaube, der Hinweis, der dort gegeben worden ist, unterstützt uns in dem Bemühen, als Parlamentarier noch ein wenig deutlicher das auszudrücken,

was auch die Regierungschefs im Europäischen Rat ausdrücken wollten.

Nachdem auch die amerikanische Regierung und Senator Percy im Auftrag des gewählten amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in Moskau ähnliche Erklärungen abgegeben haben, kann ich nicht ganz verstehen, warum mein geschätzter Kollege Geßner nun meinte, wir als Versammlung der Westeuropäischen Union sollten uns zurückhaltender ausdrücken als viele westliche Politiker.

Wir alle wollen verhindern, daß die Sowjetunion in der Volksrepublik Polen militärisch oder sonstwie interveniert. Weil wir das wollen, müssen wir der Sowjetunion rechtzeitig deutlich machen, daß die Gefahren, die für sie selbst erwachsen könnten, größer sind, wenn sie eine derartige Intervention praktiziert.

Daher möchte ich sehr herzlich bitten, daß wir die beiden Änderungsanträge, die sich nicht mit dem Europäischen Rat befassen, ablehnen und nur dem Änderungsantrag zustimmen, der sich ausdrücklich auf die Beschlüsse des Europäischen Rates bezieht.

Der Änderungsantrag Nr. 3 wurde angenommen, die Änderungsanträge Nr. 2 und Nr. 4 wurden abgelehnt.

Richtlinie 53

Die Versammlung,

bringt ihr Festhalten an den Prinzipien der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zum Ausdruck und insbesondere an der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen und dem Verbot der Androhung oder Anwendung von Gewalt als Mittel zur Regelung von Streitfällen zwischen Staaten;

erinnert an die einstimmige Verurteilung, die die WEU-Mitgliedstaaten zum Ausdruck brachten, als Truppen des Warschauer Paktes 1968 unter Verletzung der nationalen Souveränität der Tschechoslowakei in tschechoslowakisches Territorium einmarschierten;

bekräftigt das traditionelle Festhalten des demokratischen Europa an der Unabhängigkeit und Souveränität Polens;

ist besorgt über die zahlreichen in letzter Zeit von der Sowjetunion, der DDR und der Tschechoslowakei abgegebenen Erklärungen über die Lage in Polen;

begrüßt die Haltung des Europäischen Rates im Hinblick auf Polen, wie sie in der Erklärung vom 2. Dezember 1980 zum Ausdruck gebracht wurde, und schließt sich dieser Erklärung an;

I. beauftragt ihren Politischen Ausschuß:

die Entwicklung in Polen zu verfolgen und ihr während des nächsten Sitzungsabschnitts über diese Frage Bericht zu erstatten;

II. ersucht ihren Präsidenten:

sofort eine außerordentliche Sitzung einzuberufen, falls die Unabhängigkeit und Souveränität Polens durch eine bewaffnete ausländische Intervention gefährdet wird.

Donnerstag, 4. Dezember 1980

Tagesordnungspunkt:

Internationale Industriekonsortien und Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Herstellung von technologisch hochentwickelten Rüstungsgütern

(Drucksache 863)

Berichterstatter: Abg. Wilkinson

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte eigentlich in Vertretung des bei Einbringung des Berichts noch abwesenden Vorsitzenden unserer Kommission, Herrn Valleix, das Wort ergreifen haben. Weil er in der Zwischenzeit wieder eingetroffen ist, möchte ich es ganz kurz machen.

Nur einige wenige Bemerkungen zu diesem Bericht! Ich möchte Herrn Wilkinson für die Bemühungen danken, die er unternommen hat. Er hat sich an ein besonders schwieriges Thema herangewagt. Es geht hier darum, die sachlichen Notwendigkeiten, die von den wissenschaftlich-technologischen Zwängen und von unserer wissenschaftlich-technischen Kapazität bestimmt werden, mit politischen Forderungen und auch mit ökonomischen Überlegungen quasi unter einen Hut zu bringen. Das Thema der internationalen **Standardisierung** und der **Interoperabilität** des Rüstungspotentials berührt in vielen Fällen auch nationale Empfindlichkeiten und weckt Mißtrauen.

Besonders möchte ich hervorheben, daß Herr Wilkinson — auch dafür sei ihm Dank gesagt — sich bemüht hat, die Problematik in einer verständlichen Sprache darzustellen. Dies hat er selbst ja auch als eine Prämisse herausgestellt. Es ist ein besonderes Charakteristikum dieses Berichts, daß er nicht in einem Fachchinesisch verharret, sondern daß er in einer für uns alle verständlichen Sprache Handlungsanleitungen aufzeigt, die ja gerade für uns Politiker, die wir im technischen Bereich oft keine Fachleute sind, so wichtig sind. Er hat damit die Tradition unseres Ausschusses in dieser Versammlung fortgesetzt, der sich ja schon früher — ich erinnere an die Berichte der Kollegen Warren und Scheffler — mit der gleichen Thematik beschäftigt hat.

Es geht um das Problem, wie man unter den gegebenen ökonomischen Bedingungen das technisch-wissenschaftliche Potenzial zur Verteidigung des Bündnisses nutzen und dabei doch eine einigermaßen ge-

rechte Aufteilung der Aufgaben erzielen kann. Als Hauptpunkte möchte ich einerseits das Thema der Rationalisierung und andererseits das Thema der Standardisierung ansprechen. Hier bedarf es einer frühzeitigen Abstimmung, um zu gemeinsamen Initiativen zu kommen. Dabei denke ich an das europäische taktische Kampfflugzeug oder an den Panzerabwehrhubschrauber.

Ich brauche in diesem Zusammenhang nicht zu erwähnen, daß das Thema ja gerade durch die Diskussion über die Steigerung des Verteidigungsetats in den einzelnen Ländern — die berühmte Drei-Prozent-Diskussion — eine besondere Aktualität gewonnen hat. Bei den zunehmend schärfer werdenden Verteilungskämpfen bezüglich der Haushaltsmittel wird es immer schwieriger werden, die entsprechenden Anstrengungen im Verteidigungsbereich zu unternehmen. Deswegen ist hier ein geradezu zwingendes Gebot der **Rationalisierung** und der **Standardisierung** gegeben. Das Nebeneinander der verschiedenen Waffensysteme sollte wirklich langsam, aber sicher zu einer engeren Zusammenarbeit mit dem Ziele der Standardisierung und der Interoperabilität führen.

Ich weiß, daß ein wichtiges Hindernis auf diesem Wege das unterschiedliche Gewicht der in den einzelnen Ländern bestehenden ökonomischen Potenziale im Bereich der Rüstungsindustrien ist. Aber ich glaube, bei gutem Willen kann man auch hier zu vernünftigen Lösungen kommen.

Ich möchte dem Berichterstatter nochmals ausdrücklich für seinen Bericht danken und bitte die Versammlung, dem Empfehlungsentwurf zuzustimmen.

Empfehlung 362

betr. internationale Industriekonsortien und Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bei der Herstellung von technologisch hochentwickeltem Rüstungsmaterial

Die Versammlung

ist sich bewußt, daß die Fortschritte in Richtung auf die Standardisierung und Interoperabilität von Verteidigungsgerät innerhalb des westlichen Bündnisses trotz wiederholter politischer Empfehlungen und ständiger Bemühungen auf offizieller Ebene unzureichend bleiben;

ist sich bewußt, daß eine verbesserte Kosten-Nutzen-Relation bei der Waffenbeschaffung in noch stärkerem Maße erforderlich sein wird, da die wirtschaftliche Rezession und der Preisanstieg bei den Ölprodukten die Mittel für die Verteidigung begrenzen und den nationalen Verteidigungshaushalten zusätzliche Beschränkungen auferlegen;

ist der Ansicht, daß die gemeinsame Definition, Entwicklung und Produktion von technisch hochentwickeltem Verteidigungsgerät die wesentlichen Vorteile einer „Gemeinschaft“ zwischen den Beschaffungsstellen in Europa sowie bedeutende Einsparungen bei den Entwicklungskosten und einen erweiterten sicheren Markt für die beteiligten Industriegesellschaften mit sich bringen können;

weiß um die Notwendigkeit, in der europäischen Rüstungsindustrie eine möglichst weitgehende Unabhängigkeit bei der Planung, Entwicklung und Konstruktion von technologisch hochentwickelten Waffensystemen zu erhalten;

ist sich bewußt, daß der Anstoß zu gemeinsamen Projekten auf dem Gebiet der militärischen Ausrüstung kommerzieller und industrieller sowie militärischer und logistischer Art sein müßte;

vertritt die Ansicht, daß die Unterschiede bei den operationalen Erfordernissen und den Beschaffungszeitplänen weiterhin ein unnötig großes Hindernis für eine wirksame internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der militärischen Ausrüstung in Europa darstellen;

ist überzeugt, daß Fortschritte in Richtung auf eine wirksamere Zusammenarbeit auf dem Gebiet des technologisch hochentwickelten Rüstungsmaterials nicht durch die Entwicklung neuer bürokratischer Strukturen erreicht werden, sondern durch ein praktisches und pragmatisches Vorgehen auf industrieller Ebene in Verbindung mit der engsten Zusammenarbeit zwischen den nationalen Stäben und vor allem durch einen auf höchster europäischer Ebene bekundeten politischen Willen, die individuellen Bedürfnisse der Bündnisländer durch gemeinsame Lösungen zu erfüllen,

empfiehlt dem Rat

1. durch den ständigen Rüstungsausschuß regelmäßig die Fortschritte in Richtung auf eine Interoperabilität und Standardisierung des Rüstungsmaterials innerhalb des Bündnisses zu überwachen und, wo durchführbar, die industrielle Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Ländern im Hinblick auf die Erreichung dieser Ziele zu fördern;
2. die Regierungen der Mitgliedsländer der Westeuropäischen Union davon zu überzeugen, eine Verbindungsstelle zu schaffen, durch die die Versammlung der Westeuropäischen Union regelmäßig über die Arbeiten der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG) unterrichtet wird, da diese Versammlung die einzige europäische parlamentarische Versammlung ist, die satzungsgemäß für Verteidigungsangelegenheiten zuständig ist, und da sie wertvolle Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und Ministern unterhält;
3. die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, sobald es praktisch möglich ist, ein westeuropäisches strategisches „Gipfeltreffen“ einzuberufen, um auf höchster politischer Ebene eine Einigung über die gemeinsame Definition und Entwicklung von Rüstungsprojekten der nächsten Generation, wie zum Beispiel ein neues europäisches Kampfflugzeug (ECA), um den Jaguar in den französischen und britischen Luftstreitkräften und den Phantom in der deutschen Luftwaffe zu ersetzen, zu erzielen;
4. eine europäische Politik für technologisch hochentwickelte Waffen voranzutreiben, um die Ent-

wicklung eines tatsächlich ausgewogenen transatlantischen Marktes sicherzustellen, wodurch die Standardisierung des Rüstungsmaterials innerhalb des gesamten Nordatlantischen Bündnisses gefördert würde: Diese auf eine strikte Gleichheit zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa gestützte „Zweibahnstraße“ sollte in zunehmendem Maße gemeinsame Produktionsprogramme und die Erteilung von Ausgleichsaufträgen anstelle von direkten Rüstungskäufen „vom Lager“ einschließen;

5. die Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, sicherzustellen, daß sich ihre zuständigen Behörden an bestehende Industriekonsortien sowie an Privatunternehmen wenden, wenn sie Angebotsvorschläge von Industrieunternehmen einholen, um speziellen militärischen Erfordernissen zu entsprechen;
6. die Mitgliedstaaten im Rahmen der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe weiterhin zu drängen, die Erfordernisse ihrer Streitkräfte und die gemeinsame Durchführung ihrer Wiederbeschaffungspläne in höchstem Maße aufeinander abzustimmen.

Tagesordnungspunkt:

Energie und Sicherheit

(Wiederaufnahme der Aussprache)

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst dem Berichterstatter, Herrn Flämig, für seinen sehr kompetenten und sachlichen Bericht gratulieren. Er hat in der Art, die ihn als Experten im Kernenergiebereich besonders auszeichnet, ein sehr realistisches Bild der Energieversorgung gezeichnet. Ich möchte auch meine Bemerkungen damit einleiten, daß ich ihm für die gute Zusammenarbeit danke, die wir in all den Jahren persönlich gehabt haben. Ich weiß, dies wird sozusagen sein letzter Auftritt in dieser Versammlung der Westeuropäischen Union sein, weil er dem Deutschen Bundestag in der 9. Legislaturperiode nicht mehr angehören wird. Wir arbeiten seit Jahren sehr gut im Präsidium des Deutschen Atomforums zusammen. Unsere Arbeit ist immer trotz der unterschiedlichen politischen Standorte von einer großen Sachlichkeit und Kameradschaftlichkeit geprägt worden. Ich möchte ihm für seine weitere Tätigkeit alles Gute und viel persönlichen Erfolg wünschen.

Das Problem, um das es geht, wenn man sich mit der **Energieversorgung** als einem wichtigen Bestandteil der Sicherheitspolitik beschäftigt, ist, daß man sich darüber im klaren ist, daß es nicht die Aufgabe sein kann, in einem solchen Bericht allerlei exotische Lösungen anzusprechen, sondern es muß möglich sein, daß die Energieversorgung unter für uns realistischen Bedingungen sichergestellt werden kann. Damit meine ich, die Energieversorgung muß entsprechend den Möglichkeiten geregelt sein, die uns im Augenblick, nicht erst in 30 oder 40 Jahren tech-

nisch-wissenschaftlich zur Verfügung stehen. Die Energieversorgung muß unter ökonomisch vernünftigen Bedingungen geregelt sein. Das heißt, die Kilowattstunde, um bei der elektrischen Energie zu bleiben, muß am Ende vom Verbraucher auch noch bezahlt werden können. Was nützen die exotischen Lösungen und die tollsten, technisch anspruchsvollsten Vorschläge, wenn am Ende vielleicht ein Preis von zwei oder drei Mark für die Kilowattstunde dabei herauskommt. Das vielleicht zum Thema Windmühlen und ähnlichen Vorschlägen.

Meine Damen und Herren, es ist also auch nicht eine Frage des persönlichen Geschmacks, wie ein solcher Bericht hier abgefaßt werden kann. Ein solcher Bericht muß die harten Fakten berücksichtigen, er muß dem Rechnung tragen, was international bei allen seriösen Fachleuten als gesicherte Erkenntnis gilt. Da geht es um folgende Punkte:

Erstens. Das oberste Prinzip einer sicheren Energieversorgung als Eckpfeiler auch unserer Verteidigungsfähigkeit muß sein, unabhängig vom **OPEC-Öl** zu werden. Hierzu sind schon viele Vorschläge gemacht worden.

Der zweite Punkt betrifft den sparsamen und rationalen Einsatz von Energie. Auch hier darf man sich keinen Illusionen hingeben. Die **Umstrukturierung** unserer jetzigen Energieversorgung auch unter einer Sparpolitik bedeutet enorme Investitionen, die, in Deutscher Mark ausgedrückt, einige hundert Milliarden erfordern werden.

Letztlich muß man wissen, daß auch wir als Industrieländer gegenüber der Dritten Welt eine Verpflichtung haben, nämlich unser technisch-wissenschaftliches Potential in den Bereichen nutzbar zu machen, wo dies möglich ist, etwa bei der Nutzung der Kernenergie, damit die Länder der Dritten Welt auf die relativ einfach technisch handhabbaren Primärenergieträger verwiesen werden können, damit wir denen nicht, was wir noch lange machen könnten, das für sie halbwegs vernünftige und immer noch preiswertere Mineralöl vor der Nase wegkaufen.

Die **alternativen Quellen** — das sagen alle internationalen Fachleute — bringen im Jahre 2000 — das ist für die Energieversorgung schon ein weiter Horizont — maximal 5 bis 10%. Sie können also zu unserer Energiebilanz nicht in nennenswertem Umfang beitragen. Deswegen bleibt uns nur das Abstützen auf **Kohle und Kernenergie** übrig, nicht als einander ausschließende Energien, sondern als komplementäre Faktoren, als sich ergänzende Primärenergieträger: Kohle als Chemierohstoff, aber auch in veredelter Form als synthetisches Gas und als Treibstoff, auf der anderen Seite Kernenergie — das wird sicherlich ein Punkt sein, der in der Diskussion bisher schon eine Rolle gespielt hat — nicht nur für die Stromerzeugung, die in der jetzigen Form des Leichtwasserreaktors auch Öl substituieren kann, sondern auch und gerade in der Form des Hochtemperaturreaktors und des Schnellbrüterreaktors. Der **Schnellbrüterreaktor** wird oft angegriffen. Er ist genauso sicher wie jeder andere Reaktor, er hat nur spezifische andere Probleme. Ohne einen solchen

Reaktor wird die friedliche Nutzung der Kernenergie eine Episode bleiben, die sich auf einen Zeitraum von 25, 30 oder maximal 40 Jahren beschränken wird.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang auf einen Vorwurf eingehen, der oft dem Schnellen Brüter gemacht wird. Man sagt immer, die Nutzung des Schnellen Brüters bedeutet für ein Land den Einstieg in die **Plutoniumökonomie**. Das stimmt überhaupt nicht. Jedes Land, das sich für die friedliche Nutzung der Kernenergie entschieden und einen Leichtwasserreaktor gebaut hat, ist damit automatisch in der Plutoniumökonomie, denn jeder Leichtwasserreaktor von 1200 oder 1300 Megawatt — das ist heute die Standardgröße — erzeugt im Jahr je nach Abbrand um 250 Kilogramm Plutonium, die nicht in den Brennelementen bleiben können, sondern die wiederaufgearbeitet werden müssen. Damit ist unvermeidlich das Plutoniumproblem verbunden.

Ich möchte noch eine kurze Bemerkung zur Kohle machen. Obwohl es wichtig ist, gerade für unsere Länder, die zum Teil über erhebliche Kohlereserven verfügen, die wirtschaftlich gewinnbaren Kohlereserven noch stärker zu erschließen, müssen wir uns darüber im klaren sein, daß im Jahre 1985 vielleicht nur 300 Millionen Tonnen und im Jahre 2000 nach Schätzungen der Energy Conservation Commission nur rund 500 Millionen Tonnen an freien Kapazitäten auf dem Weltmarkt überhaupt zur Verfügung stehen. Alle anderen Fördermengen sind in den Förderländern gebunden. Deswegen gibt es, wie ich glaube, ein geradezu ideales Nebeneinander und eine ideale Ergänzung der beiden Primärenergieträger Kohle einerseits und Kernenergie andererseits. Wir sollten uns dagegen wenden, wenn irgendwo der Versuch unternommen wird, Kohle und Kernenergie gegeneinander auszuspielen. Dies können wir uns schlicht nicht leisten.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch eines sagen: Auf allen Gipfelkonferenzen der letzten Jahre ist immer wieder die Bedeutung der beiden Primärenergieträger Kohle und Kernenergie und ihre verstärkte Nutzung betont worden. Was die Wirklichkeit in den einzelnen Ländern angeht, so genügt es, abgesehen vielleicht von Frankreich — ein Kompliment für diesen konsequenten Kurs in Sachen Kernenergie; ich möchte hier nicht unbedingt auch die UdSSR als Kronzeugen für meine Argumentation heranziehen, dort ist es nämlich genauso —, nicht, immer wieder nur den Mund zu spitzen, sondern hier muß jetzt endlich gepfiffen werden. Alle Länder der Westeuropäischen Union sollten erkennen, daß über die Beschlüsse der Gipfelkonferenzen hinaus jetzt die Generalklausel, die dort als Formulierung gefunden worden ist, auch konkret durch Maßnahmen auf der jeweiligen nationalen Ebene ausgefüllt werden muß. — Ich bedanke mich.

Flämig (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. Zunächst ein Dank allen, die gesprochen haben, auch denen, die kritische Worte fanden. Darauf möchte ich ganz kurz erwidern.

Zuerst: Dies kann keine Fortsetzung der Kernenergie-debatte sein, die wir wiederholt geführt haben.

Unser Anliegen ist hier der Zusammenhang zwischen Energie und Sicherheit. Dabei spielt die Kernenergie nur eine marginale Rolle. Wenn im Zusammenhang mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie auf die Atomwaffen hingewiesen wird, so muß ich feststellen, daß die INFCE, eine Konferenz zur Bewertung des Brennstoffkreislaufs in London, eindeutig klargestellt hat, daß man zur Herstellung von Atomwaffen keine Kernkraftwerke braucht. Die kann man auch anders herstellen, mit Hilfe von Forschungsreaktoren z. B. Wer also gegen die Weiterverbreitung von Kernwaffen ist, der muß politische Lösungen finden, so, wie das die INFCE auch vorge schlagen hat.

Zu dem Vorwurf, wir hätten mehr zum Sparprogramm sagen müssen: Herr Präsident, das Sparprogramm und der Hinweis auf die alternativen Energiequellen rangieren in unserem Entschließungs-entwurf vor der Kernenergie, vor dem Punkt 4.

Fest steht jedenfalls, daß die Leichtwasserreaktoren existieren, daß wir sie nicht mehr wegdiskutieren können. Herr Lenzer sagte — und das kann man nur bestätigen —, daß jeder Leichtwasserreaktor Plutonium erzeuge und die Frage sei: Wohin damit, was soll man damit tun? Natürlich kann man das auch vergraben. Dann muß man das Plutonium — bei einer Halbwertszeit von 240 000 Jahren — für eine Million Jahre oder länger bewachen. Das ist keine gute Lösung.

Eine andere mögliche Lösung ist die, daß man es wieder einsetzt, zur weiteren Energieversorgung benutzt. Da bieten sich nur der Schnelle Brüter und der Hochkonverter an, die beiden Möglichkeiten, die wir hier aufgezeigt haben.

Wenn man auf einer Gasblase sitzt, Herr Präsident, wenn man das Glück hat, in einem Land zu wohnen, wo das Gas aus allen Löchern kommt, dann kann man gut auf die Kernenergie verzichten. Aber es gibt viele, viele Länder auf dieser Erde, natürlich auch in unserer Gemeinschaft, die weder Kohle noch Öl noch Gas haben. Auch deren Stromerzeugung muß in der Zukunft sichergestellt sein. Aus diesem Grunde haben wir hier auf die Möglichkeit „Kohle und Kernenergie“ hingewiesen.

In dem Zusammenhang eine kleine Korrektur, Herr Präsident. In der Niederschrift unserer 11. Sitzung, auf Seite 38, steht eine Zusammenfassung dessen, was der Berichterstatter hier ausführte. Da heißt es:

The question of electricity from natural gas should also be avoided and its use should be reserved for industry.

Das ist natürlich Nonsense. Das Gas sollte vielmehr den Haushalten vorbehalten bleiben, weil es eine Edelennergie ist, die ohne Pollution, ohne Verunreinigung der Luft, genutzt werden kann und für Heizungs- und Kochzwecke im Haushalt fast unersetzbar ist.

Herr van Hulst hat hier gesagt, man hätte die Einsparvorschläge deutlicher herausstellen müssen. Wir haben den gesamten Beschluß von Venedig als

Anlage zu unserem Bericht gebracht und damit sozusagen in den Bericht integriert. Dort ist ganz ausführlich von den Einsparvorschlägen die Rede.

Im übrigen habe ich nicht behauptet, daß es keine Agenturen gäbe, die sich mit Energiepolitik befassen. Die gibt es sicher. Ich habe vielmehr gesagt, daß es bis jetzt in Europa, in der Gemeinschaft, noch keine abgestimmte Energiepolitik gebe. Das ist leider unbestreitbar. Das zu ändern war der Sinn unserer Vorlage.

Herr Präsident, ich möchte schließen, indem ich den Dank, der mir hier ausgesprochen worden ist, zurückgebe. Ich habe in dieser Versammlung und in meiner 18jährigen Tätigkeit in den europäischen Gremien sehr viele Freunde gefunden. Ich möchte mich meinerseits herzlich bedanken und hoffe, daß diese Freundschaften auch nach dem Ausscheiden erhalten bleiben.

Abg. Lenzer sprach sich gegen den Änderungsantrag Nr. 1 des britischen Abg. Hardy aus und begründete dies wie folgt:

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte dem Änderungsantrag des Kollegen Hardy widersprechen. In meinen Ausführungen in der Diskussion über den Bericht habe ich bereits einige den Schnellen Brüter betreffende Fragen angesprochen. Lassen Sie mich diese Aussagen nur noch kurz ergänzen.

Ich möchte noch einmal betonen, daß es uns jetzt darum gehen muß, Lösungen zu finden, durch die in einer Übergangszeit, die man vielleicht auf zwischen 20 und 40 Jahren veranschlagen kann, unser gesamtes Energieversorgungssystem so umstrukturiert werden kann, daß dabei kein Schaden entsteht.

Der von mir sehr geschätzte Kollege Dr. Miller hat auf die Problematik der kontrollierten Kernfusion hingewiesen. Ich kann das, was er gesagt hat, nur unterstreichen. Alle zehn Jahre — das ist meine persönliche Erfahrung — schieben die Wissenschaftler in den Großforschungszentren, die sich mit der Fusion beschäftigen, den Zeithorizont für die Nutzung der Fusion um weitere 10 bis 20 Jahre hinaus. Die technischen Probleme, die Werkstoffprobleme insbesondere angesichts der hohen Temperaturen, um die es geht — Millionen Grad —, sind so schwer, daß man heute noch nicht einmal sagen kann, ob die kontrollierte Kernfusion jemals technisch möglich ist. Noch existiert in der ganzen Welt kein Fusionsreaktor-Prototyp, der überhaupt in Form einer, wie der englische Terminus lautet, feasibility study nachweisen kann, daß diese kontrollierte Kernfusion technisch möglich ist, geschweige denn, daß sie kommerziell nutzbar ist.

Was das Problem des Umgangs mit Plutonium betrifft, auf das Herr Hardy auch verwiesen hat, so möchte ich Sie bitten, doch zu bedenken, daß eine Wiederaufarbeitung im Wege des gleichen Prozesses im militärischen Bereich seit Jahrzehnten betrieben wird. Ich spreche von dem PUREX-Prozeß, der, was die Chemie angeht, mit dem zivilen Wieder-

aufarbeitungsprozeß identisch ist. Viele Länder verfügen also über jahrzehntelange Erfahrungen im Umgang mit dem Plutonium. Ich bin selbst ebenso wie Herr Flämig — in seinem Wahlkreis befinden sich große Anlagen dieser Art — in solchen Fabriken gewesen. Der Umgang mit Plutonium, würde ich sagen, kann mit Fug und Recht als „Stand der Technik“ bezeichnet werden.

Wichtig ist, daß die Option der Schnellen-Brüter-Technologie offengehalten wird. Zum Abschluß möchte ich sagen, wenn der Änderungsantrag so formuliert würde, wie es etwa Dr. Miller vorgeschlagen hat, wenn darin also die Besorgnis vieler Menschen, andererseits aber doch die Erkenntnis zum Ausdruck käme, daß diese technische Option offengehalten werden muß, wären wir uns sicher schnell einig, und ich könnte mir vorstellen, daß auch der Herr Berichterstatter bereit wäre, einer solchen Formulierung zuzustimmen.

Der Berichterstatter nahm wie folgt Stellung:

Flämig (SPD): Herr Präsident, ich möchte mich gegen dieses Amendment aussprechen. Der Punkt 4 beschäftigt sich nämlich gar nicht so ausführlich mit der Frage der Entwicklung Schneller Brüter, sondern mit der Frage, wie man die vorhandenen kostbaren und knappen Uranvorräte der Welt besser nutzen kann. Das ist das Problem. Da man in Leichtwasserreaktoren leider nur wenige Prozent, zwei bis drei Prozent, nutzen kann, in diesen Leichtwasserreaktoren aber immerhin zusätzlich ein Prozent Plutonium neu entsteht, war nur die Frage zu klären: Wohin damit? Dazu habe ich in Punkt 4 zwei Möglichkeiten aufgezeigt, nicht nur den Schnellen Brüter, sondern — in Verbindung mit dem Uranbrennstoff im Leichtwasserreaktor — auch die sogenannten Hochkonverter. Das ist die andere Möglichkeit.

Völlig abwegig, Herr Präsident, ist aber die Verbindung mit der Fusion. Bei ihr geht es nicht um das Plutonium. Das Plutonium entsteht gegenwärtig schon in mehr als 200 Kernkraftwerken, und es muß irgendwohin. Die Fusionsreaktoren — wenn sie einmal kommen — werden, um es einmal ganz einfach auszudrücken, Wasser und nicht Uranium verbrennen.

Aus diesem Grunde bitte ich, den Antrag abzulehnen.

Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Abg. Flämig begründete seinen Änderungsantrag Nr. 2 auf Streichung der Worte „...Thorium“ wie folgt:

Flämig (SPD): Herr Präsident, es wäre nicht richtig gewesen, in diesem Zusammenhang nun auch noch die Hochtemperaturen anzuführen. Sie gehören hier nämlich nicht hin, wo es um die Frage geht, wie man Plutonium verwerten kann. Aus diesem Grunde bitte ich, die zwei Worte — in der französischen Version sind es drei Worte — zu streichen.

Der Änderungsantrag wurde angenommen.

Empfehlung 363

betr. Energie und Sicherheit

Die Versammlung

ist überzeugt, daß das wichtigste Ziel einer jeden europäischen Energiepolitik darin bestehen muß, in möglichst kurzer Zeit ein Höchstmaß an Unabhängigkeit von Öleinfuhren zu erreichen;

stellt fest, daß kostspielige langfristige Strukturveränderungen notwendig sind, um den Ölverbrauch und die Abhängigkeit Westeuropas von Energieeinfuhren, die 63 % seines Bedarfs ausmachen, erheblich zu verringern;

ist ernsthaft besorgt darüber, daß seit 1973 weder die westeuropäischen Länder noch die westliche Welt insgesamt in der Lage waren, die Vorschläge und Entscheidungen durchzuführen, auf die sich entweder der Europäische Rat oder die führenden Politiker der wichtigsten Industrieländer geeinigt hatten;

bekräftigt die anlässlich des Gipfeltreffens von Venedig im Juni 1980 abgegebene Erklärung zugunsten der Entwicklung neuer Kohle- und Kernenergieprogramme, die die einzigen mittelfristigen Lösungen des Energieproblems darstellen;

ist sich bewußt, daß die westeuropäischen Volkswirtschaften immer abhängiger vom Handel mit dem Osten werden, während gleichzeitig Öl und Rohstoffe, die Seewege für ihren Transport und die Märkte immer mehr an strategischer Bedeutung gewinnen;

ist sich der strategischen Bedeutung bewußt, die die Straße von Hormus insbesondere angesichts des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran vor allem für die Öleinfuhren Westeuropas aus den Staaten des Persischen Golfs hat;

empfiehlt dem Rat,

die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern:

1. im Bereich der Energie konvergierende Maßnahmen zu ergreifen, da in Westeuropa keine Einigung über die Verwirklichung einer rigorosen westeuropäischen Politik herrscht, und zusammen mit den Vereinigten Staaten, Kanada und Japan eine weltweite Strategie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu formulieren sowie die erforderlichen finanziellen Mittel für ihre Anwendung aufzubringen;
2. gemeinsame Pläne für eine unabhängige Energieversorgung und gemeinsame Richtlinien für eine bessere Energienutzung und Energiesparmaßnahmen auszuarbeiten und durchzuführen und einen niedrigeren Ölverbrauch und die Nutzung anderer Energiequellen, wie Kohle, Kernkraft und erneuerbare Energiequellen, zu fördern;
3. die Ziele zu verwirklichen, die vom Beratenden Ausschuß für die Kohleindustrie der Internationalen Energieagentur formuliert worden sind;
4. sich in bezug auf den Elektrizitätsbedarf Westeuropas auf gemeinsame Pläne zu einigen, um die knappen Uranvorräte der westlichen Welt durch den gesteigerten Einsatz Schneller Brüter besser zu nutzen, was die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente implizieren würde, um Uran zurückzugewinnen und Plutonium für Schnelle Brüter oder eine Mischung aus Uran und Plutonium für Leichtwasserreaktoren zu erhalten;
5. die Sicherungs- und Sicherheitsschwelle festzulegen, die für die Einfuhr von Energie oder knappen Rohstoffen aus den Ostblockländern in die westliche Welt annehmbar ist;
6. an Eventualfallplänen mitzuwirken, um alle internationalen Schifffahrtswege, wie z. B. die Straße von Hormus, offenzuhalten.

